

**Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2009
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Saarland**

**„Programm für dich.
Landtagswahlprogramm 2009 der FDP Saar“**

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Eppelborn am 14. März 2009)

Quelle/Zitierweise: http://www.fdpsaar.de/images/cms/download/files/FDP-Saar_Landtagswahlprogramm-2009.pdf; 10.06.2009
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-291

Programm für dich.



Landtagswahlprogramm 2009 der FDP Saar

Präambel	5
Bildung und Familie	6
Bildungsübergänge vernetzen	6
Frühkindliche Bildung ausbauen – Wahlfreiheit für Familien	7
Schulen Freiheit geben	8
Unterricht garantieren.....	9
Finanzierung von privaten und öffentlichen Schulen fair gestalten	10
Chancengerechtigkeit leben – Jeden individuell fördern	11
Grundschule stärken.....	11
Rahmenbedingungen für Erweiterte Realschule und Gesamtschule angleichen.....	12
Gymnasium zukunftsfest machen.....	13
Förderschulen einbinden.....	14
Berufliche Bildung ausbauen	15
Lebenslanges Lernen.....	16
Vorschulisches und schulisches Bildungspersonal unterstützen	16
Familien unterstützen.....	17
Hochschulen und Forschung	19
Saarländische Hochschul- und Forschungslandschaft attraktiver gestalten	19
Wissenschaft bündeln und grenzübergreifend gestalten.....	21
Kunst und Kultur	23
Prioritätensetzung zu Gunsten von Kunst und Kultur	23
Verstärkte Förderung der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen	24
Förderung einer profilierten und professionellen Kulturszene.....	25
Das kulturelle Erbe für die Zukunft bewahren	26
Kulturwirtschaft als Zukunfts- und Wachstumsbranche stärken.....	27
Wirtschaft und Arbeit	28
Standort Saarland aufwerten und Existenzgründung erleichtern.....	28
Steinkohlebergbau im Saarland beenden.....	30
Arbeit Vorfahrt gewähren.....	31
Automobilstandort Saar stärken	32
Bürokratielasten abbauen – helfen statt gängeln	32
Energieland Saarland voranbringen	33
Wachstumsmotor Tourismus starten	34
Wachstum durch liberale Verkehrspolitik sichern	36
Haushalt und Finanzen	38

Ausgaben auf das Notwendige beschränken.....	38
Mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit	39
Einfache, gerechte und niedrige Steuern einführen	40
Kommunale Finanzen stärken	41
Steuerkompetenz der Länder stärken.....	42
Umwelt	43
Klimaschutz vorantreiben.....	43
Landwirtschaft weiterentwickeln.....	44
Forstwirtschaft nachhaltig gestalten	44
Bedingungen für Fischerei und Jagd verbessern.....	45
Raum- und Landschaftsentwicklung neu ordnen	45
Entsorgung optimieren – Kosten stabilisieren.....	46
Umweltbildung ausbauen	47
Innen, Recht und Sport	48
Bürgerrechte und Sicherheit gewährleisten.....	48
Moderne Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Polizei.....	50
Extremismus bekämpfen	51
Prävention gegen Kriminalität	51
Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendgewalt.....	52
Korruption beseitigen	53
Verfassungsschutz weiterentwickeln	53
Leistungsfähige und moderne Justiz schaffen	54
Mehr Unabhängigkeit für die Datenschutzaufsicht.....	55
Mehr direkte Demokratie.....	56
Kumulieren und Panaschieren einführen	56
Verwaltung und ihre Strukturen optimieren	57
Mit Sport mehr bewegen.....	58
Gesundheit	59
Transparenz im Gesundheitswesen schaffen	59
Gesundheitspolitik patientengerecht gestalten	60
Krankenhauslandschaft im Saarland bedarfsgerecht gestalten	61
Soziales	63
Förderung des ehrenamtlichen Engagements	63
Besserer Schutz für unsere Kinder	64
Jugendliche in ihren Kompetenzen stärken	64
Seniorenpolitik und demographischer Wandel.....	65
Generationsgerechtigkeit verfolgen – Altersarmut verhindern.....	66
Menschenwürdige Pflege ermöglichen.....	67

Barrieren beseitigen – Selbstbestimmte Lebensführung sichern!	68
Drogen: freies Leben ohne Sucht.....	68
Postambel	70

Präambel

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, einen Blick in unser Wahlprogramm zu werfen. Am 30. August 2009 entscheiden Sie darüber, welchen Weg unser Saarland zukünftig geht. Im vorliegenden Programm finden Sie die Ideen, mit denen wir Politik machen und unser Saarland voranbringen wollen. Wir wollen Politik aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger machen, also für Sie und mit Ihnen. Dabei nehmen wir nicht an Grabenkämpfen teil, wir wollen uns vielmehr auf das Wesentliche konzentrieren – auf Sie.

Gerade jetzt, in einer tief greifenden und stürmischen Neuordnung der Weltwirtschaft, kommt es noch stärker auf Verlässlichkeit und Kompetenz an. So wollen wir das Saarland zu einer wirtschaftlich starken Region mit menschlichem Gesicht machen. Arbeit für alle setzt dabei eine dynamische Wirtschaft voraus, eine, die wächst. Wir wollen das Saarland zu einer Region machen, in der die Menschen von klein an lebenslang lernen können, um dem Wechsel der Zeit – wo immer möglich – aus eigener Kraft gewachsen zu sein. Dazu ist eine Schwerpunktsetzung auf Bildung, Forschung und Entwicklung notwendig.

Jeder soll in unserer Gesellschaft seinen Teil beitragen. Wer aber nicht in der Lage dazu ist, wer zu krank ist oder zu bedürftig, dem muss geholfen werden. Wir wollen, dass niemand, der Hilfe braucht, im Stich gelassen wird.

Die Entwicklung des Saarlandes wollen wir so gestalten, dass wir unseren Kindern und Enkeln in die Augen schauen können. Das bedeutet, die Natur und damit unsere Grenzen zu respektieren, erneuerbare Energien massiv auszubauen, Energie hoch effizient einzusetzen und die Verkehrsstrukturen flächendeckend zu modernisieren.

Wir machen Politik für die wertvolle Vielfalt der vielen Einzelnen, für ihre Neigungen und Wünsche, die zusammen den Charme und das Zusammengehörigkeitsgefühl unseres Landes und seiner Menschen ausmachen.

Das ist unser Politikangebot an Sie.

Das ist Politik für dich.

Ihr


Dr. Christoph Hartmann

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat

Bildung und Familie

Bildung ist der Schlüssel zum gesellschaftlichen und kulturellen, zum sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand. Denn Bildung ist weit mehr als reine Wissensvermittlung. Bildung entscheidet zugleich über den Erfolg der Einzelnen und unseres Landes und ist in der globalen Welt zudem ein entscheidender Wettbewerbsfaktor. Bildung gibt Kindern die Fähigkeit, ihr Leben selbst zu gestalten und vermittelt ihnen von Beginn an Werte als Voraussetzung für das zivilierte Zusammenleben und für die Übernahme persönlicher Verantwortung.

Liberale Bildungspolitik bedeutet für uns eine über die Qualifizierung hinausgehende Erziehung zum mündigen Bürger. Bildung muss die Möglichkeiten dafür öffnen, dass bei jedem Einzelnen die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung auch für die Folgen des einzelnen Handelns entstehen. Fachwissen ist dabei wichtig, aber kein Ersatz für Kompetenzen. Eine zeitgemäße Schule muss Werte wie Leistung und Anstrengung hochschätzen und dementsprechend Schüler fördern und fordern. Dazu gehört auch die Elternpflicht zur Entwicklung ihrer Kinder und zur Unterstützung der Schulen in ihrer Aufgabe der Wertevermittlung. Nur wenn Schule und Eltern ihre Verantwortung wahrnehmen, kann jeder einzelne junge Mensch in der Entfaltung seiner individuellen Begabungen und Neigungen bestmöglich gefördert werden.

Kulturtechniken wie Sozialkompetenz, Medienkompetenz oder Methodenwissen und -kompetenz müssen Kindern aus allen Schichten spielerisch von klein an nahe gebracht werden, um ihnen den Weg zum lebenslangen Lernen zu eröffnen. Voraussetzung dafür ist ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Kinderbetreuungsangebot. Denn nur wenn Alternativen zur Wahl stehen, entsteht echte Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Betreuungsformen.

Liberale Familienpolitik als Basis für erfolgreiche Bildungspolitik im Saarland bedeutet für uns die Freiheit, Kinder und Beruf miteinander vereinbaren und zwischen verschiedenen Betreuungs- und Bildungsangeboten wählen zu können. Unser Ziel ist es, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen zu qualitativ hochwertigen Abschlüssen zu verhelfen.

Bildungsübergänge vernetzen

Bildung ist der wichtigste Rohstoff der dauerhaften Gewährleistung von Wohlstand und sozialer Sicherheit. Zur Optimierung von Bildung, Ausbildung und Erziehung der jungen Menschen müssen wir gewährleisten können, dass alle Bildungseinrichtungen von Kindergärten bis hin zu den weiterführenden Schulen möglichst gut miteinander vernetzt sind.

Dadurch werden die Bildungseinrichtungen in die Lage versetzt, sich gegenseitig zu unterstützen, pädagogische Maßnahmen und Konzepte miteinander abzustimmen, gemeinsame Projekte durchzuführen, personelle und materielle Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Zugleich sind fließende Übergänge zwischen einzelnen Bildungsabschnitten notwendig, um junge Menschen in ihrer Bildungslaufbahn bestmöglich zu fördern.

Wir setzen uns dafür ein:

- eine systematische Kooperation von vorschulischem und schulischem Bereich zu installieren, um den fließenden Übergang vom Lernort Kindergarten zum Lernort Schule zu sichern. Dazu gehört auch die Abstimmung der jeweiligen Bildungspläne aufeinander;
- die Vernetzung und Kooperation von Grundschulen und weiterführenden Schulen in Form einer vertieften Zusammenarbeit der Grundschulklassenlehrer und der Lehrer an den weiterführenden Schulen zu fördern;
- ein integriertes Konzept der Fremdsprachenförderung zu entwickeln, welches das Lernen von Fremdsprachen ohne Brüche und unnötige Redundanzen ermöglicht;
- die Kooperation benachbarter Schulen und Schulformen durch Lehreraustausch und andere Maßnahmen zu verstärken.

Frühkindliche Bildung ausbauen – Wahlfreiheit für Familien

Eine qualitativ hochwertige und spielerische und vielfältige vorschulische Bildung eröffnet Kindern den Weg zu einer erfolgreichen, kontinuierlichen und lebenslangen Bildung. Es ist entscheidend, dass alle Kinder in ihren Sprachkenntnissen so gefördert und gefordert werden, dass sie spätestens zu Beginn der Grundschule ausreichend gut Deutsch sprechen und verstehen, um sich so aktiv einbringen zu können. Wir setzen uns für die Finanzierung der vorschulischen Bildungsangebote durch Bildungs- und Betreuungsgutscheine ein. So können die Eltern das ihren persönlichen Ansprüchen am besten entsprechende Betreuungsangebot frei auswählen und die gewählte Einrichtung bzw. Betreuungsform erhält dann vom Staat für jedes angemeldete Kind die festgelegte Pauschale. Damit gewährleisten wir eine wirkliche Wahlfreiheit der Eltern, die Wahlfreiheit, für welche Form der Kindertagesbetreuung sie sich entscheiden, während das Betreuungsgeld einseitig die Kindererziehung zu Hause bevorzugt.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Ausbau von Krippen- und Tagespflegeplätzen für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr massiv zu forcieren, um so den Eltern eine echte Wahlfreiheit zwischen Betreuung der Kinder zu Hause und Berufstätigkeit zu gewährleisten;
- einheitliche Qualitätsstandards für Kinderkrippen und Kindergärten zu entwickeln, die regelmäßig und extern überprüft werden;
- Kindergärten zu anspruchsvollen Bildungsgärten auszubauen, die Ausbildung der pädagogischen Kräfte und Bildungspläne entsprechend zu verbessern;
- zu Beginn des letzten Kindergartenjahres den Grad der Sprachkompetenz aller Kinder obligatorisch festzustellen;
- Sprachdefizite frühzeitig durch individuelle Sprachförderung auszugleichen;
- das Lernen der ersten Fremdsprache mit Hilfe muttersprachlicher Fachkräfte flächendeckend einzuführen und zu intensivieren. Auf Grund der geographischen Lage des Saarlandes kann es sich dabei nur um den Schwerpunkt Französisch handeln;
- das erste Kindergartenjahr analog zum dritten für die Eltern halbtags kostenfrei zu gestalten;
- langfristig die Elternbeitragsfreiheit auf alle Kindergartenjahre auszudehnen;
- den Besuch des letzten Kindergartenjahres als obligatorisch einzuführen;
- Öffnungszeiten für Kindertagesstätten flächendeckend flexibel und bedarfsgerecht (z.B. auch durch Kindergärten, die über Nacht geöffnet sind und Übernachtungsmöglichkeiten bieten) zu gestalten und auf mindestens 6 Stunden täglich und durchgehend zu erhöhen;
- die Kooperation von Kindergärten untereinander und Kindergärten mit Grundschulen bei der Nachmittags- und Ferienbetreuung auszubauen, um so möglichst jederzeit ein ausreichendes Betreuungsangebot zu gewährleisten;
- die Ganztageskindergartenplätze bedarfsgerecht auszudehnen;
- den Betreuungsschlüssel in Kinderkrippen und Kindertagesstätten zu verbessern;
- die vorschulische Bildung über Betreuungsgutscheine zu finanzieren;
- die Akkreditierung und qualitativ hochwertige Fortbildungsmöglichkeiten für Tagesmütter und Tagesväter sicherzustellen;
- die Gründung von Betriebskindergärten zu erleichtern;
- Unternehmen bei der Einrichtung von Telearbeitsplätzen zu unterstützen.

Schulen Freiheit geben

Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Schulentwicklung sind Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Einzelschule: Das zeigen internationale Studien immer wieder eindrucksvoll. Deshalb wollen wir die eigenverantwortliche Schule

flächendeckend umsetzen. Für uns ist die eigenverantwortliche Schule kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um den Lernprozess zu optimieren und eine neue, effizientere Lernkultur für Schüler und Lehrer zu etablieren. Mit mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten werden die öffentlichen Schulen so auch auf Augenhöhe mit den Freiheiten privater Schulen gebracht. Dabei sind interne und externe Evaluation für uns Voraussetzung, denn durch sie wird zum einen Transparenz erreicht, zum anderen sind sie auch immer ein möglicher Anstoß zur Schulentwicklung.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Schulleitungen in Zusammenarbeit mit dem Kollegium, den Schülern und Eltern den Gestaltungsspielraum für eigene pädagogische Konzepte, ein effizientes Personalmanagement und die Selbstbewirtschaftung der Schule zu geben. So können die Schulen ein Lernumfeld schaffen, in dem sich die Kinder wohl fühlen und gerne Leistung erbringen;
- den Schulen ausreichend Finanzen und Personal für Lehre und Verwaltung bereit zu stellen;
- die Schulen umfassend zu beraten und zu betreuen;
- die Schulen regelmäßig intern, z.B. durch Rechenschaftslegung aber auch extern zu evaluieren;
- die Schulleitung zu professionalisieren, ihr weitreichende Leitungskompetenz einzuräumen und sie vorbereitend und laufend zur Weiterbildung zu verpflichten;
- die Lehrverpflichtungen der Schulleitung deutlich zu reduzieren, so dass auch Zeit und Raum für die Schulentwicklung bleibt;
- Schulen mit zwei Standorten in ihrer erschwerten Situation zu unterstützen sowie mit zwei stellvertretenden Rektoren und erweiterten Deputaten auszustatten.

Unterricht garantieren

Die volle Unterrichtsversorgung an allen Schulen ist eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Schulbildung. Deshalb werden wir eine Unterrichtsgarantie an allen Schulen umsetzen. Dafür müssen alle saarländischen Schulen in die Lage versetzt werden, die Jahreswochenstunden eines Fachs vollständig in diesem Fach zu unterrichten. Mit den bisherigen Vertretungsmaßnahmen (wie Aufteilung von Klassen, Mehrarbeit, Anforderung eines ‚Feuerwehrlehrers‘) lassen sich Unterrichtslücken nicht ausreichend füllen. Es braucht vielmehr zusätzliche, flexible Instrumente zur Vertretung von Unterricht an der eigenen Schule. Der Schulleitung muss ermöglicht werden, eigene Vertretungskonzepte zu entwickeln, Vertretungsbereitschaft inner- und außerhalb der Schule aufzubauen. Den Schulleitungen müssen dazu vor allem individuelle

Schulbudgets für Vertretungsunterricht sowie weitere Instrumente zur Senkung des Unterrichtsausfalls an ihren Schulen an die Hand gegeben werden.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Eigenverantwortung der Schule in der Organisation von Vertretungsunterricht deutlich zu erweitern;
- individuelle Schulbudgets für Vertretungsunterricht bedarfsgerecht bereitzustellen, um die Unterrichtsgarantie umsetzen zu können;
- die Vertretungsreserve zur Verhinderung von Unterrichtsausfall aufzustocken;
- die Einstellungsbedingungen flexibler zu gestalten, um so zusätzliche Lehrkräfte zu gewinnen;
- in Mangelfächern attraktive Angebote für Seiteneinsteiger zu entwickeln und sie umfassend auf die Lehrtätigkeit an der entsprechenden Schulform vorzubereiten;
- insbesondere Schulen im ländlichen Raum und Ganztagschulen ausreichende Personalressourcen zu geben;
- Klassengrößen auf eine optimale Betreuungssituation zu verkleinern.

Finanzierung von privaten und öffentlichen Schulen fair gestalten

Private Schulen sind eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Schullandschaft. In ihnen entstehen neue pädagogische Konzepte und sie schließen Lücken in der Versorgung. Der Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Schulen verbessert die Qualität des Schulsystems und vergrößert zugleich die Wahlmöglichkeiten von Eltern, Schülern und Lehrern.

Das Ziel Chancengerechtigkeit bedeutet für uns, dass der Besuch einer Schule nicht von der Trägerschaft und somit vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf. Wir wollen deshalb einen Systemwechsel, der mehr Bildungs- und Leistungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen verwirklicht.

Wir setzen uns dafür ein:

- private und öffentliche Schulen rechtlich und finanziell anzugeleichen;
- freien Trägern die Möglichkeit zu geben, sich für diesen Systemwechsel selbst zu entscheiden und sich im Gegenzug zu verpflichten, auf Schulgeld zu verzichten. Freie Träger, die dieses Finanzierungsmodell ablehnen und weiterhin Schulgeld verlangen, erhalten eine reduzierte finanzielle Unterstützung.

Chancengerechtigkeit leben – Jeden individuell fördern

Chancengerechtigkeit von Anfang an ist die beste Voraussetzung für erfolgreiches Lernen und einen qualifizierenden Schulabschluss. Die Realität zeigt allerdings, dass der Schulabschluss allein keine Garantie für Chancen im Arbeitsleben ist. Die Differenz zwischen den 8% der saarländischen Schüler ohne Abschluss und den 25% mit mangelnder Ausbildungsreife macht deutlich, dass die Qualität des Erlerten entscheidet. Deshalb müssen Schüler individuell entsprechend ihrer Bedürfnisse gefördert werden, z.B. durch zusätzliche Angebote über die Grenzen von Klassen und Stufen hinweg. Durch solch spezifische Förderung können die Verfestigung von Defiziten und die daraus folgende Nichtversetzung vermieden werden. Grundsätzlich gilt, je früher individuelle Förderung beginnt, desto nachhaltiger wirkt sie. Individuelle Förderung darf sich aber nicht auf Schwächere beschränken, sondern sollte als das Eingehen auf unterschiedliche Begabungen verstanden werden. So brauchen auch Hochbegabte Fördermaßnahmen und Projekte, die über den normalen Unterricht hinausgehen, um sie zu unterstützen und zu fordern. Unser Ziel ist die weitreichende Integration Schwächerer und der Hochbegabter in ihrem Altersumfeld an Regelschulen, ohne sie dort in ihrem Intellekt zu über- oder zu unterfordern.

Wir setzen uns dafür ein:

- die weiterführenden wohnortnahen Schulen weiterzuentwickeln und zu stärken;
- für alle Schulen die Rahmenbedingungen anzugeleichen, damit Chancengerechtigkeit nicht nur für die Schüler, sondern auch schulformunabhängig für alle Schulen gilt;
- an allen Schulformen dem schulbegleitenden Personal wie Schulpsychologen, Schoolworkern, (Jugend-)Sozialarbeitern und qualifizierten Erziehern ein stärkeres Gewicht zu geben, damit diese auch präventiv statt nur akut arbeiten können;
- Hochbegabte auch an Regelschulen gezielt zu fördern und zu fordern;
- Maßnahmen zu entwickeln, damit möglichst wenig Kinder eine Klasse wiederholen müssen;
- Maßnahmen zu ergreifen, um Schulschwänzen zu vermeiden;
- durch kleinere Klassen eine individuelle Förderung zu ermöglichen;
- die Bedingungen der Zusammenarbeit von Jugendamt und Schule zu verbessern.

Grundschule stärken

Der Primarbereich ist für uns die entscheidende Basis der schulischen Bildung. Hier gilt es durch ausreichende Investitionen die richtigen Rahmenbedingungen für erfolgreiche

Bildungsverläufe zu setzen. Denn was hier versäumt wird, kann später häufig nur mit großem – personellem und finanziellem – Aufwand wieder nachgeholt werden. Aufgrund schwieriger gewordener sozialer Verhältnisse stehen die Grundschulen vor zunehmenden Herausforderungen, denen sie sich engagiert stellen.

Wir setzen uns dafür ein:

- einen niedrigeren Klassenteiler festzulegen. Denn individuelle Förderung braucht kleinere Klassen;
- die Konzentration auf die Vermittlung der Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen zu verstärken;
- die Vermittlung der ersten Fremdsprache ab der ersten Klasse zu intensivieren;
- der Vermittlung musischer Grundfertigkeiten nicht zu vernachlässigen;
- den Schulsport aufzuwerten, um der besonderen Bedeutung von Gesundheit, Bewegungs- und Sozialverhalten gerecht zu werden;
- die Qualität der Bildungsangebote der Grundschulen im Rahmen der freiwilligen Ganztagschule zu steigern;
- eine verlässliche Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Lehrern und Eltern zu installieren, da diese unabdingbar für ein erfolgreiches Lernen ist;
- die Unterrichtsverpflichtung der Schulleiterinnen und Schulleiter zu senken, damit ihnen genug Zeit für ihre Leitungsaufgaben bleibt;
- die Grundschulen flächendeckend mit Verwaltungskräften zu versorgen;
- das Schulordnungsgesetz dahin gehend zu ändern, dass die Einzügigkeit für das Bestehen einer Grundschule ausreicht.

Rahmenbedingungen für Erweiterte Realschule und Gesamtschule angleichen

Erklärtes Ziel der Erweiterten Realschule und Gesamtschule ist es, Schülern Kenntnisse, Fertigkeiten und Arbeitshaltungen zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, ihren Bildungsweg in berufs- oder studienbezogenen Schulformen fortzusetzen. Dabei sollen Ausbildungsfähigkeit und Abschlussquoten an beiden Schulformen verbessert sowie berufsorientierende Maßnahmen wie Betriebspraktika weiterentwickelt werden. Gerade auch die saarländische Wirtschaft steht hier in der Pflicht, ausreichend Angebote zur Verfügung zu stellen und ihre Kompetenzen und Ressourcen z. B. über die Kammern in Kooperationen einzubringen. Die Dreizügigkeit weiterführender Schulen ist für die FDP Saar als Maßstab der Existenzberechtigung nicht akzeptabel.

Wir setzen uns dafür ein:

- Eltern und Schülern flächendeckend die Wahlfreiheit zwischen obligatorischen Ganztagschulen und Halbtagschulen zu ermöglichen. Dies ist über die bisherigen Mittel der Freiwilligen Ganztagschule und die freiwerdenden Mittel durch Rückgang der Schülerzahlen zu finanzieren;
- die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen zu verbessern. Die neu eingeführten A-Kurse an der Erweiterten Realschule im Realschulzweig sowie die noch einzuführenden Stützkurse im Hauptschulzweig sind erste Schritte, die noch verbessert werden müssen;
- die Personalausstattung und die Deputate an der Erweiterten Realschule denen der Gesamtschule anzupassen;
- das Schulordnungsgesetz dahin gehend zu ändern, dass die Zweizügigkeit bei Erweiterten Realschulen und Gesamtschulen als Kriterium für deren Bestand ausreichend ist.

Gymnasium zukunftsfest machen

Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von dreizehn auf zwölf Jahre im Saarland war ein richtiger Schritt, um unsere Ausbildungszeiten international wettbewerbsfähig zu machen. Allerdings weist die Einführung von G8 hier im Land eine Vielzahl von Schwächen auf, die den Erfolg in Frage stellen. Fast die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler, die in der 5. Klasse im Gymnasium begonnen haben, schaffen es nicht bis zum Abitur. Nach wie vor prägt der Charakter einer Vormittagsschule das G8-Gymnasium, auch wenn viele Veranstaltungen am Nachmittag stattfinden. Wir wollen deshalb ein flächendeckendes echtes Ganztagsangebot, so dass für Schüler und Eltern echte Wahlfreiheit besteht. Darüber hinaus sind die Lehrpläne trotz Überarbeitung immer noch überfrachtet und enthalten kaum Spielraum für Vertiefung und Übung des vermittelten Wissens. Deshalb ist eine Kürzung der Lehrplanfülle ebenso notwendig wie eine klassenstufenübergreifende Systematik, die zu einer besseren Verzahnung der Stundentafeln der Mittel- und Oberstufe führt.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Lehrpläne zugunsten von mehr Übungsphasen, Vertiefung von Themen und Projektunterricht zu kürzen;
- Unterricht und Stundentafeln in der Mittelstufe so zu gestalten und auf die Oberstufe abzustimmen, dass die Schüler optimal auf den Eintritt in die Hauptphase der Oberstufe vorbereitet sind;

- die Wahlfreiheit von Eltern und Schülern durch ein flächendeckendes Angebot an obligatorischen Ganztagsangeboten zu stärken. Ganztagsbetreuung muss nach pädagogischen Gesichtspunkten wie Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften und individueller Betreuung stattfinden;
- die Schüler durch zusätzliche Angebote und durch Differenzierungsmaßnahmen individuell besser zu fördern, um so auch die Wechselquote an Gymnasien zu senken und die Zahl der Schüler mit Hochschulreife zu erhöhen;
- Vertiefung zu ermöglichen. Dafür ist es notwendig, die Zahl der Unterrichtsfächer zu reduzieren, um so die Stundentafeln zu verändern. Bei den Kernfächern ist darauf zu achten, dass die Kernlehrpläne der einzelnen Jahrgangsstufen ineinander greifen und aufeinander aufbauen;
- das Schulordnungsgesetz dahin gehend zu ändern, dass die Zweizügigkeit bei Gymnasien als Kriterium für deren Bestand ausreichend ist.

Förderschulen einbinden

Die Sonderpädagogik befindet sich in einer anhaltenden Phase des Umbruchs und der Neuorientierung. Dabei ist es unser Ziel, vor dem Grundsatz ‚Integration vor Sonderbeschulung‘ mehr Gemeinsamkeit beim Leben und Lernen in der Schule zu fördern. In den letzten 10 Jahren erhöhte sich die Zahl integrativ beschulter Kinder im Saarland stetig, ohne dass die Schülerzahlen an den Förderschulen merklich abgenommen hätten. Insbesondere an den Förderschulen mit den sonderpädagogischen Schwerpunkten Sprache, Lernen und Verhalten stiegen die Schülerzahlen sogar überproportional an. Wir halten daher eine Veränderung des Systems sonderpädagogischer Hilfen für zwingend notwendig.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Stundentafeln an die der Regelschulen anzugeleichen, um Übergänge und Rückschulungen zu erleichtern;
- Förderschulen in der Regel als Ganztagsschulen zu gestalten;
- individuelle Förder- und Hilfepläne zu erstellen und gegebenenfalls spezielle Förderkurse einzurichten;
- die sonderpädagogische Kompetenz an Grundschulen vor Ort zu verlagern, indem Förderschullehrerstunden schulbezogen zugewiesen werden;
- das Unterstützungsangebot der Förderschulen auf alle allgemeinbildenden Schulen eines definierten Schulbezirks auszuweiten. So kann die qualifizierte Beratung durch die zuständige Förderschule von den Regelschulen bei individuellen Lern-/Sprach- und Verhaltensproblemen unbürokratisch und kurzfristig abgerufen werden;

- Schüler der Regelschulen auf Probe an Förderschulen oder in zeitlich befristete Förderung aufzunehmen und dies nach maximal sechs Monaten zu überprüfen;
- die Rahmenbedingungen durch Erhalt des differenzierten Förderschulangebots zu verbessern;
- ein verbindliches integrativ-ganzheitliches Konzept für die Förderschullehrkräfte in den allgemeinen Schulen des Landes zu entwickeln;
- eine Zusammenarbeit mit dem Studienseminar für Förderschulen in Rheinland-Pfalz zu beginnen, damit Referendare auch im Saarland ausgebildet werden können;
- den Schulleitungen an Förderschulen mehr Leitungszeit zuzugestehen;
- die notwendigen materiellen, organisatorischen und personellen Ressourcen bereitzustellen und zu finanzieren.

Berufliche Bildung ausbauen

Eine am Erwerbsleben orientierte Berufsausbildung ist für uns unverzichtbar. Dabei müssen wir sowohl Jugendlichen mit schwierigen Voraussetzungen als auch denen mit besonderen theoretischen wie praktischen Begabungen gerecht werden. Vor diesem Hintergrund bejahren wir ausdrücklich das bewährte duale System. Unser Ziel ist eine qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung, um so eine dauerhafte Beschäftigung der Menschen im Saarland sicherzustellen.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Strukturbedingungen zu verbessern, um so den derzeitigen Unterrichtsausfall schnellstmöglich dauerhaft zu beseitigen;
- begleitende Hilfen für lernbenachteiligte Schüler durch die Erstellung individueller Hilfepläne – an denen alle Beteiligten mitwirken – sowie gegebenenfalls durch eine Senkung der Schülerzahl zu verbessern;
- die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen zu stärken, indem Partnerschaften zwischen den Berufsbildungszentren, allen „Zubringerschulen“ und der Wirtschaft aufgebaut und vertieft werden;
- den Verwaltungsaufwand an beruflichen Schulen deutlich zu vereinheitlichen und zu reduzieren;
- Sicherheitsstandards an Schulen zu überprüfen und stärker zu berücksichtigen.

Lebenslanges Lernen

Bildung endet nicht mit einem Schul- oder Hochschulabschluss, sondern prägt den gesamten Lebenslauf eines Menschen. Durch die zunehmende Lebenserwartung und die ebenso gestiegene Leistungsfähigkeit im Alter verlängert sich die Lebensarbeitszeit. So wird die Fähigkeit und Bereitschaft zum lebenslangen Weiterlernen und zur stetigen Fortbildung immer wichtiger. Dies gilt angesichts der immer häufiger wechselnden Erwerbsbiographien nicht nur für ältere Menschen, sondern für alle Generationen. Dem müssen wir verstärkt Rechnung tragen. Denn kontinuierliches Lernen ist die wichtigste Form persönlicher Lebensvorsorge und somit eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe.

Wir setzen uns dafür ein:

- die berufliche Fortbildung vorwiegend in den Betrieben zu fördern;
- den Ausbau von Weiterbildungseinrichtungen, über die bisher bestehenden Angebote hinaus, zu verfolgen;
- durch lebenslanges Lernen und Weiterbildung die aktive Integration älterer Menschen ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu unterstützen.

Vorschulisches und schulisches Bildungspersonal unterstützen

Lehrkräfte und vorschulisches Bildungspersonal müssen Begabungen und Schwächen der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen rechtzeitig erkennen und fordernde Anreize sowie fördernde Hilfestellung geben. Neben den pädagogischen und fachlichen Kompetenzen setzt dies auch psychologisch-diagnostische Fähigkeiten voraus.

Dieser Anspruch verlangt engagierte und qualifizierte pädagogische Kräfte und professionelle Schulen. Die entscheidenden Voraussetzungen, damit schulische und vorschulische Pädagogen ihrer verantwortungsvollen Aufgabe im Wissenszeitalter nachkommen können, sind angemessenen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Hinzu kommt die notwendige Achtung und Anerkennung, die sie in unserer Gesellschaft erfahren. Darum wollen wir das öffentliche Ansehen aller Pädagoginnen und Pädagogen, der Lehrerinnen und Lehrer stärken. Weiterbildung ist für Lehrerinnen und Lehrer im Saarland Pflicht – häufig mangelt es aber noch an geeigneten Angeboten.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zu verbessern;

- nicht nur die Leitung, sondern die gesamte Leitungsebene einer Kindertagesstätte bei Neubesetzungen mit Personal zu besetzen, das über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss verfügt;
- ein besseres und breites Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher sowie für Lehrerinnen und Lehrer bereit zu stellen;
- Fortbildungsangebote freier Bildungsträger für Lehrerinnen und Lehrer anzuerkennen;
- in der Lehrerausbildung auch diagnostische Fähigkeiten zu vermitteln, Fach- und Erziehungswissenschaften besser zu verzahnen und den Praxisanteil zu erhöhen;
- verbindliche sonderpädagogische Inhalte in der Lehrerausbildung für alle Lehrämter zu verankern;
- die Nachqualifizierungsmöglichkeiten als Förderschullehrer zu verbessern;
- die Lehreraus- und -fortbildung stetig fortzuentwickeln;
- ein Mentorensystem für Referendare durch Lehrer der jeweiligen Schule aufzubauen, das die Arbeit der Fachleiter ergänzt;
- eine Berufseinstiegsphase, in der auf Kooperation zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen besonderer Wert gelegt wird, zu implementieren;
- die Senkung der Einstiegsgehälter neuer Realschullehrer rückgängig zu machen;
- die Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer zu senken, damit sie an Projekten der Schulentwicklung und Schulkultur mitwirken können;
- die vorhandenen Möglichkeiten auszubauen, um in Mangelfächern qualifizierten Quereinsteigern den Weg zum Lehrerberuf zu erleichtern;
- eine gerechtere Besoldung, bei der die Wahrnehmung zusätzlicher Tätigkeiten in der Schule durch ruhegehaltsfähige Zulagen auf Zeit honoriert wird;
- ein Personalentwicklungskonzept zu erstellen, in dem die prognostizierten Pensionierungen und der zukünftige Personalbedarf berücksichtigt werden, um dem Lehrermangel frühzeitig vorzubeugen.

Familien unterstützen

Liberale Familienpolitik im Saarland bedeutet für uns die Freiheit, Kinder und Beruf miteinander vereinbaren und zwischen verschiedenen Betreuungs- und Bildungsangeboten – seien es stationäre Kindertagesbetreuung, Tagesmutter oder Tagesvater, öffentliche, freie, gewerbliche Träger oder Betriebskindergärten - wählen zu können. Wir setzen uns dabei für eine Finanzierung dieser Bildungsangebote durch Betreuungsgutscheine ein.

Wenn aber Eltern wegen Armut, mangelnder Bildung, Krankheit, Sucht oder aus anderen Gründen ihre Erziehungsaufgaben nicht wahrnehmen, müssen die Behörden den Eltern Hilfe anbieten und den Kindern Schutz gewähren. Dabei gilt es für uns, das Recht jedes Kindes auf Unversehrtheit durchzusetzen.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Öffnungszeiten in Kindergärten flächendeckend flexibel zu gestalten (mind. 6 Stunden täglich und durchgehend) das erste Kindergartenjahres halbtätig kostenfrei zu gestalten;
- Projekte wie „Frühe Hilfen“/„Keiner fällt durchs Netz“ fortzuführen;
- die Arbeit der Familienhebammen auf eine sichere Grundlage zu stellen und ein verbindliches Fortbildungscurriculum für die Familienhebammen einzuführen;
- weitere niedrigschwellige Hilfsangebote für Familien in problematischen Verhältnissen zu entwickeln und zu unterbreiten;
- die örtlichen Präventionsbeiräte zu stärken, auszubauen und zu unterstützen;
- Jugendämter personell und sächlich besser auszustatten;
- einen Familienpass für die Großregion einzuführen, bei dem Partner aus Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen den Familien vergünstigte Angebote machen, während das Land die Kosten für die Ausstellung des Passes und die Werbung übernimmt;
- jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig vom Alter einen Grundfreibetrag von 8.000 Euro zu gewähren;
- die Ferienzeiten an diejenigen von Rheinland-Pfalz anzulegen und bundesweit zu entzerren.

Hochschulen und Forschung

Den Hochschulen kommt eine herausragende Bedeutung in der Schaffung von Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu, denn sie sichern durch Forschung und Lehre die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die an den Hochschulen vermittelte Bildung schafft nicht nur die Basis wirtschaftlichen Wohlstandes, sondern ist vielmehr auch eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung der demokratischen Gesellschaft. Hier erfolgt nicht nur die geistes- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Prozessen, sondern auch die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die eine wesentliche Funktion in der Bildung Heranwachsender zu mündigen und demokratischen Bürgern haben. Darüber hinaus ist empirisch erwiesen: Je höher der Bildungsgrad einer Gesellschaft, desto schwächer deren Tendenzen zu autokratischen Regierungsformen. Hochschule und Forschung sind darüber hinaus auch immer Impulsgeber für Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft.

Wir wollen zum einen die Verbindung von Exzellenzforschung und -lehre und zum anderen ein ausreichend breites Fächerspektrum. Der im Grundgesetz verankerte Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre muss sich auch auf deren Finanzmanagement erstrecken. Hierzu gehören für uns die Rechte der Hochschulen auf einen Globalhaushalt und die Entscheidung über die Festlegung von fachspezifischen Studiengebühren.

Saarländische Hochschul- und Forschungslandschaft attraktiver gestalten

Das Ziel der Hochschulen im Saarland muss es sein, hochqualitative Bildung und exzellente Forschung zu ermöglichen. Nur so können sie zum einen ihren Beitrag dazu leisten, die Abwanderung junger Menschen mit hohem intellektuellen Potenzial einzudämmen und zum anderen für Studenten aus anderen Bundesländern und anderen Staaten attraktiv zu sein. In der Forschung ist ein Gleichgewicht zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung anzustreben. Grundlagenforschung – sowohl in den Natur- als auch in den Sozial- und Geisteswissenschaften – bildet langfristig die Basis für Fortschritte in den angewandten Wissenschaften.

Darüber hinaus wollen wir die Durchlässigkeit zwischen Hochschule und Praxis erhöhen. Dies bezieht sich nicht nur auf den Übergang vom Studium in das Berufsleben, auf ein erweitertes hochschulisches und auch berufsbegleitendes Fortbildungsprogramm, sondern auch auf eine verstärkte Einbindung von Berufspraktikern in die hochschulische Lehre. Diese erweiterten Aufgaben der Hochschulen sind durch einen Mix aus angemessenen Zuweisungen aus dem Landeshaushalt, freiwilligen Studiengebühren und Drittmitteln zu finanzieren.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Hochschulen als wirtschaftliche Basis ihrer Selbstständigkeit einen Globalhaushalt und die damit einhergehende Übernahme der Dienstherreneigenschaft und der Bauherreneigenschaft zuzustehen;
- den Globalhaushalt mit klaren Ziel-Leistungsvereinbarungen zu flankieren;
- der Unterfinanzierung unserer Hochschulen durch eine Umverteilung im Landeshaushalt entgegenzuwirken;
- den Studierenden die Möglichkeit zu gewähren, sich die Hochschule auszusuchen, die aus ihrer Sicht am besten für sie geeignet ist;
- den Hochschulen zuzustehen, sich für die Studierenden entscheiden zu können, die die spezifischen Anforderungen ihrer Studiengänge am besten erfüllen;
- den Automobilstandort in der saarländischen Hochschullandschaft Saar stärker zu verankern;
- durch attraktive Studienbedingungen dem drohenden Ingenieurmangel vorzubeugen;
- die Nachfragemacht der Studierenden durch den Wechsel von der objekt- zur subjektbezogenen Finanzierung zu stärken. Das bedeutet, dass das Land den Hochschulen einen Sockelbeitrag garantiert, der sich entsprechend der Studierendenzahlen berechnet;
- den Hochschulen die Möglichkeit zu gewähren, fachspezifische Studiengebühren zu erheben, die aber eine Höchstgrenze von 500€ pro Semester nicht überschreiten;
- Studiengebühren grundsätzlich nachlaufend und darüber hinaus so zu gestalten, dass die Rückzahlungen erst nach Beginn der Berufstätigkeit und ab einem bestimmten Jahreseinkommen beginnen;
- Studiengebühren durch ein umfassendes Darlehen- und Stipendienwesen einzurahmen. Dabei sollen sich die Stipendien sowohl an besonders leistungsstarke als auch an sozial benachteiligte Studierende richten;
- den Studierenden bei mangelhaften Leistungen der Hochschulen, die zur Verlängerung des Studiums führen, einen Anspruch auf die ganz- oder teilweise Rückerstattung der Studiengebühren zu gewähren. So kann sichergestellt werden, dass Studierende auch wirklich eine adäquate Gegenleistung für die Studiengebühren erhalten.
- den Semesterticketzwang für Studierende an den Saar-Hochschulen aufzuheben und durch ein optionales Modell zu ersetzen
- bei der strategischen Schwerpunktsetzung an den Hochschulen auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwerpunkte im Saarland zu berücksichtigen;

- einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz, der auch die Gesellschaftswissenschaften im weiteren Sinne integriert, in der Forschung umzusetzen;
- Drittmittel und Spenden nicht auf die Grundausstattung anzurechnen;
- bei der Stammzellenforschung den Anschluss an den weltweiten Fortschritt nicht völlig zu verlieren. Dafür ist es notwendig, dass auch in Deutschland und somit auch Instituten wie dem Fraunhofer Institut in St. Ingbert konkurrenzfähige Forschung möglich ist;
- für Forschung bestmögliche Rahmenbedingungen zu setzen, denn Innovationen brauchen zum einen wissenschaftlich exzellente und zum anderen wirtschaftlich leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungslandschaft;
- die Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen für die Hochschule und für die Wissenschaftler zu vereinfachen. Dazu gehört z.B. eine freiere Verfügung über Forschungseinnahmen;
- Innovationspolitik aus einem Guss zu machen, so dass Forschergeist und Unternehmertum zusammengebracht werden und so in einen verstärkten Technologietransfer zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen und Mittelstand münden;
- die Programme für Existenzgründung unter Beteiligung der Hochschulen weiterzuentwickeln.

Wissenschaft bündeln und grenzübergreifend gestalten

Um den Wissenschafts- und Forschungsstandort Saarland noch attraktiver zu gestalten, ist es notwendig, die Potentiale und Chancen des Saarlandes und der gesamten SaarLorLux-Großregion zu bündeln. Es ist deshalb erstrebenswert, hier im Saarland eine Akademie der Wissenschaften als Forschungseinrichtung der Großregion zu etablieren.

Unter dem Dach dieser Akademie können dann auch bereits existierenden landeseigene oder dem Lande nahe stehende Forschungsreinrichtungen, wie z.B. das Landesarchiv, das Institut für Landeskunde im Saarland, das Zentrum für Biodokumentation oder das Landesinstitut für Pädagogik und Medien, zusammengefasst werden. Eine solche Zusammenführung führt zum einen zu Verwaltungserleichterungen und Synergieeffekten in der Haushaltsführung und Personalverwaltung. Zum anderen aber kann so vor allem eine effizientere und effektivere wissenschaftliche Arbeit gewährleistet werden.

Analog zu den bereits bestehenden acht Akademien in Deutschland soll auch der saarländischen Akademie die Aufgabe zukommen, Wissenschaftler der unterschiedlichen Disziplinen zusammenzuführen. Diese haben so die Möglichkeit, neue wissenschaftliche Kontakte zu knüpfen und so auch interdisziplinäre Forschungen zu

Zukunftsfragen und wissenschaftlichen Grundlagenproblemen voranzutreiben. Als wissenschaftliche Mitglieder der Akademie sollen Wissenschaftler von Rang und Namen berufen werden. So stärken sich Organisation und Mitglieder gegenseitig in ihrer Reputation.

Bei der wissenschaftlichen Ausrichtung der Akademie gilt es, nicht einen einzelnen Schwerpunkt zu setzen, sondern naturwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Fragen gleichberechtigt zu behandeln. So wird echte Interdisziplinarität gelebt und innovativer Wissenschaft und Forschung eine Basis bereitet. Auf Grund der geographischen Lage des Saarlandes bietet sich hierbei eine besondere Schwerpunktlegung der Forschung auf die Großregion SaarLorLux an. Natürlich soll die zu gründende Akademie der Wissenschaften der Großregion den Dialog der Wissenschaftler der unterschiedlichen Disziplinen nicht nur innerhalb der Region, sondern auch den Dialog mit herausragenden Wissenschaftlern von außerhalb der Großregion bündeln.

Diese Bündlung und Zusammenführung der Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen soll konkret in wissenschaftlichen Tagungen stattfinden, deren Ergebnisse in Schriftreihen zu dokumentieren sind. Neben dieser Dokumentation sollte die systematische Eigenforschung zu Entwicklungen der Großregion und ihrer Teile ein weiterer Schwerpunkt der Akademie sein. So kann eine saarländische Akademie der Wissenschaften zur Beratung und Entscheidungsfindung in Politik, Administration, Wirtschaft und Kultur beitragen.

Wir setzen uns dafür ein:

- eine Akademie der Wissenschaften zu gründen und so Wissenschaft und Forschung im Saarland eine effizientere und effektivere Grundlage zu bieten.

Kunst und Kultur

Kunst und Kultur sind die Grundlagen einer offenen Bürgergesellschaft. Dabei dienen sie der Verständigung untereinander und sind zugleich Quelle von Identität und Kreativität. Kunst und Kultur spiegeln kritisch den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft wider und treiben deren Entwicklung so voran.

Daher ist für die FDP die Förderung von Kunst und Kultur ein zentrales Anliegen. Wir setzen uns für eine deutliche Aufwertung von Kunst und Kultur auf allen Ebenen des Staates ein. Hier muss auch die saarländische Landesregierung ihrer Verantwortung für Kunst und Kultur gerecht werden.

Doch es reicht für Liberale nicht aus, nach dem Staat zu rufen und auf sein Handeln zu vertrauen, denn gerade Kunst und Kultur sollen nicht nur passiv konsumiert, sondern auch aktiv gelebt werden. Unser Leitbild für eine moderne Kulturpolitik lautet daher: „Kultur von allen für alle“! Die notwendigen Konsequenzen sind aber noch immer nicht daraus gezogen worden. Noch immer wird bürgerschaftliches Engagement zu Gunsten von Kunst und Kultur durch unnötige Bürokratie, lähmende Reglementierung und einen Mangel an freien Entfaltungsmöglichkeiten behindert.

Zielsetzung muss sein, dass der Bürger seine aktive Teilhabe durch Selbstorganisation und Mitgestaltung (z.B. Übernahme eines Ehrenamtes, Mäzenatentum, nachbarschaftliches oder projektorientiertes Engagement) einfacher einbringen kann. Es ist notwendig, endlich auf Bundesebene Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Vereinen, Initiativen und Stiftungen ermöglichen, sich frei und unabhängig zu entwickeln. Erforderlich ist hierzu eine grundlegende Reform des Gemeinnützigenrechts, damit Freiräume und Rechtssicherheit für bürgerschaftliche Organisationsformen gegeben sind.

Prioritätensetzung zu Gunsten von Kunst und Kultur

Kein anderes Bundesland gibt weniger Geld zu Gunsten kultureller Initiativen aus als das Saarland. Nur 1,2 % des Gesamthaushaltes entfallen auf Kunst und Kultur bzw. nur knapp 50 Euro werden im Saarland pro Kopf (Bundesdurchschnitt: 84,70 Euro) aufgewendet. Damit ist das Saarland im Kulturfazfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes Schlusslicht.

Durch eine entsprechende Korrektur der Prioritäten wollen wir das vielfältige Angebot an kulturellen Einrichtungen unseres Landes nicht nur erhalten, sondern nachhaltig weiterentwickeln. Dabei sind für die FDP freie, kommunale und staatliche

Kultureinrichtungen gleichermaßen wichtig. Wir brauchen im Saarland in Zukunft eine Kulturförderung in der Spitze und in der Breite, in den Städten und in der Fläche.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Kulturinvestitionen im Landshaushalt des Saarlandes auf ein angemessenes Niveau zu heben;
- den Stellenwert der Kulturpolitik im Saarland durch einen jährlichen schriftlichen Kulturbericht und regelmäßigen mündlichen Bericht der entsprechenden Ministeriumsspitze zu stärken.

Verstärkte Förderung der kulturellen Bildung unserer Kinder und Jugendlichen

Die FDP setzt sich für eine Intensivierung und verstärkte Förderung der kulturellen Bildung, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, ein.

Die intensive Auseinandersetzung mit Musik, Theater, Literatur und Bildender Kunst führt zu einer umfassenden Bildung, fördert die soziale Kompetenz, verstärkt die Kreativität und liefert positive Gemeinschaftserlebnisse. Kulturelle Bildung trägt zur Persönlichkeitsbildung bei und stärkt die positiven Eigenschaften, wie Konzentration, Ausdrucksfähigkeit, Kreativität, Selbstvertrauen und die Fähigkeit zur Kommunikation mit anderen Kulturen. Deshalb muss kulturelle Bildung schon im frühesten Kindesalter ansetzen.

Wir setzen uns dafür ein:

- kulturelle Bildung durch verschiedene Angebote bereits in den Kindertagesstätten aktiv erlebbar zu machen und zu leben;
- den Regelunterricht in den Fächern Musik und Kunst in den allgemeinbildenden Schulen konsequent umfassend und fachlich korrekt zu erteilen;
- den Besuch von Kultureinrichtungen (Theater, Museen etc.) als regelmäßigen Bestandteil in den Unterricht zu integrieren;
- künstlerische Arbeitsgemeinschaftsangebote (Schulchöre und -orchester/ Schauspielensembles/ Mal- und Zeichengruppen) im Unterricht, insbesondere im Kontext des Ausbaus der Ganztagsschulangebote, zu vertiefen;
- in unseren Schulen Atelierräume und moderne Schulbibliotheken zu schaffen;
- kommunale Musikschulen stärker zu unterstützen;
- jedem Kind die Möglichkeit zu geben, ein Instrument zu lernen, z.B. durch die Einführung flächendeckender Musikinstrumenten-Klassen;
- Jugendkunstschulen einzurichten, die in der Trägerschaft der Volkshochschule, des Kulturamtes oder freier Initiativen betrieben werden sollten;

- die Leseförderung nicht nur in den Kindertagesstätten und Schulen zu verstärken, sondern auch die Bibliotheken noch stärker zu Bildungseinrichtungen aufzuwerten.

Förderung einer profilierten und professionellen Kulturszene

Eine effiziente Kulturpolitik muss die Richtlinien für die Kunst- und Kulturförderung klar benennen, so dass sich bestehende Einrichtungen und profilierte Veranstaltungsformate nachhaltig weiterentwickeln können und sich der künstlerische Nachwuchs weiter profilieren kann.

Der Nachwuchsförderung muss in allen Kunst- und Kultursparten Priorität zugestanden werden. Es ist notwendig, den Absolventen der zwei profilierten künstlerischen Hochschulen im Saarland z.B. durch Wettbewerbe, Ausstellungen, Preisverleihungen und Arbeitsstipendien verstärkt Perspektiven anzubieten.

Das Saarland – hier insbesondere die Landeshauptstadt Saarbrücken – soll als ein hoch qualifizierter und dynamischer Standort für Film und Medien manifestiert werden. Daneben muss die Unterstützung des Landes für die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz, das Staatstheater und die Deutsche Radio Philharmonie langfristig gesichert werden, damit die herausragende Arbeit dieser Institutionen weitergeführt werden kann.

Wir setzen uns dafür ein:

- nicht nur klassische Kunst- und Kulturformen, sondern auch moderne Kunstmedien zu fördern;
- die freie Szene durch professionelle Ausstellungs- bzw. Veranstaltungsorte zu stärken;
- die Budgets der freien Gruppen, privaten Theater und der soziokulturellen Initiativen zu sichern;
- kleine Programmkinos zu erhalten und sie bei der Umstellung auf den digitalen Film zu unterstützen;
- stärkeres Engagement zu Gunsten von Nachwuchsfestivals (Filmfestival Max-Ophüls-Preis und Theaterfestival Perspectives) zu zeigen;
- jährlich einen Kulturpreis des Saarlandes auszuschreiben;
- verstärkt Kunstobjekte durch die öffentliche Hand anzukaufen;
- die Förderung von Kunst im öffentlichen Raum als ein wichtiges Instrument, um Bildende Kunst einem breiten Publikum nahe zu bringen und auch als notwendiger Beitrag zur Unterstützung der Bildenden Künstler, zu installieren.

Das kulturelle Erbe für die Zukunft bewahren

Liberale Kulturpolitik fühlt sich der Forderung des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes, Kulturdenkmäler als Zeugnisse menschlicher Geschichte und örtlicher Eigenart zu schützen und zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen, verpflichtet. Historische Zeugnisse sind wichtig für die Entwicklung und Förderung des Geschichtsbewusstseins und das Verständnis für die Gegenwart. Die saarländischen Museen und Archive leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Identität. Sie beherbergen das „Gedächtnis“ des Landes und seiner Regionen.

Die Eingliederung des Landesdenkmalamtes in das Ministerium für Umwelt als Stabstelle hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Entscheidungen werden derzeit eher politisch denn sach- und fachgerecht getroffen (Beispielalte Bergwerksdirektion). Daher fordert die FDP Saar eine stärkere Unabhängigkeit des Landesdenkmalamtes von der Politik.

Die dauerhafte Erhaltung von Kulturdenkmälern bedeutet die Sicherung eines wichtigen Teils des kulturellen Erbes unserer saarländischen Gesellschaft. Nur so können wir es bestehenden und kommenden Generationen ermöglichen, sich mit ihrer eigenen Geschichte zu identifizieren. Hier sind Bürger, kommunale Trägerschaften und die Politik gemeinsam gefordert.

Wir setzen uns dafür ein:

- das Engagement der Denkmalförderung auf hohem Niveau fortzuentwickeln;
- ein umfassendes Konzept zum Denkmalschutz im Saarland zu erstellen;
- die Landesmittel für den Bereich Denkmalschutz künftig so zu bemessen, dass substanzerhaltende Maßnahmen zur Erhaltung besonders herausragender Baudenkmäler gefördert werden können;
- die Sammlung und Archivierung historischer Zeugnisse durch ausreichende Mittel für die Restaurierung und fachgerechte Aufbewahrung zu verbessern und diese Zeugnisse der interessierten Öffentlichkeit besser zugänglich zu machen;
- Landesmuseen, kommunale Museen und Archive besser auszustatten und die Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft durch das Land durch Beratungsangebote und Investitionsbeihilfen zu unterstützen;
- die Zusammenarbeit der Museen und Archive mit Schulen zu fördern und durch den Einsatz von Museumspädagogen den Kindern und Jugendlichen den Zugang attraktiver zu machen.

Kulturwirtschaft als Zukunfts- und Wachstumsbranche stärken

Die Kulturwirtschaft ist eine wichtige saarländische Zukunftsbranche, denn die Arbeit und die Produkte der Verlagshäuser, der Filmindustrie, der Architekten und Designer, Galerien, Musiker und Musikverleger sind ein Wirtschaftsfaktor von erheblichem Ausmaß.

Kunst und Kultur sind für das gesamte Saarland und für seine Kommunen wichtige Standortfaktoren. Ein breites Angebot von qualitativ hochwertigen kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor im überregionalen Wettbewerb. Das Saarland muss sich in diesem Wettbewerb mit anderen Regionen auch als Kultur- und Tourismusstandort behaupten und in den kommenden Jahren durch gezielte Maßnahmen seine Wettbewerbsposition verbessern. Dabei sind Kunst und Kultur eine unverzichtbare Produktionskraft, die die Attraktivität einer Region für Unternehmen und private Haushalte erhöht und so auch der drohenden Abwanderung aus weniger dicht besiedelten Regionen im ländlichen Raum entgegenwirkt.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Koordinierung und Vernetzung der kultur- und wirtschaftspolitischen Akteure zu verstärken und zu verbessern;
- regelmäßig einen Kulturwirtschaftsbericht zu erstellen;
- die kulturellen Institutionen und Ereignisse zur bundesweiten Imagebildung und Werbung des Saarlandes stärker und professioneller hervorzuheben;
- die Kooperation der Akteure aus Kunst und Kultur, der Hotellerie und Gastronomie, des Einzelhandels und aus den zuständigen Ämtern in den Kommunen und in den Ministerien zu stärken.

Wirtschaft und Arbeit

Der Standort Saarland bedarf einer umfassenden Aufwertung. Damit Unternehmen in unserem Land wieder investieren und so auch neue Arbeitsplätze entstehen, muss sich privates Engagement wieder lohnen. Die in den vergangenen Jahren boomende Stahl- und Automobilindustrie hat der traditionell durch diese Branche geprägten Saarwirtschaft ein überdurchschnittliches Wachstum beschert. Das bedeutet allerdings auch, dass die Folgen von Krisenzeiten im Saarland viel deutlicher zu spüren sein werden, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist. Nun rächt sich die mangelhafte Wirtschaftspolitik der CDU-Landesregierung, die es versäumt hat, mit einer klar strukturierten Standortaufwertung das Saarland für Unternehmen attraktiver zu machen.

Wir wollen durch wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen für ein investitionsfreundliches Klima sorgen und so die Grundlage für mehr Arbeitsplätze im Saarland schaffen. Für uns sind weniger Staat und Bürokratie sowie mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb die Grundprinzipien unserer Wirtschaftspolitik, mit der wir soziale Gerechtigkeit sicherstellen wollen.

Standort Saarland aufwerten und Existenzgründung erleichtern

Arbeitsplätze werden nur dann geschaffen, wenn Unternehmer wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen vorfinden. Das Saarland braucht deshalb attraktive Rahmenbedingungen und ein investitionsfreundliches Klima, um so den Mittelstand zu stärken. Denn über 90% der Saarländerinnen und Saarländer verdienen hier ihren Lebensunterhalt. Wirtschaftspolitik muss sich deshalb an den Belangen des Mittelstands orientieren. Die Wirtschaftsförderung darf nicht nur auf wenige „Hätschelkinder“ beschränkt bleiben. Daneben brauchen wir eine Strukturerneuerung durch innovationsorientierte Unternehmensgründungen. Das ist der beste Weg zu neuen Arbeitsplätzen. Jede Existenzgründung im Saarland schafft im Durchschnitt drei bis vier Arbeitsplätze. Wir brauchen daher in Wirtschaft und Gesellschaft eine Kultur der Selbständigkeit, in der jeder Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und dies nicht als Last, sondern als Chance begreift. Entscheidend dafür ist ein gesellschaftliches Klima, das unternehmerische Leistungen anerkennt. Wir wollen daher den Weg von der Neidkultur zur Anerkennungskultur gehen.

Wir setzen uns dafür ein:

- das Gewerbesteuersenkungsprogramm wieder einzuführen, denn seit Jahren ist der Hebesatz im Saarland deutlich höher als in anderen Bundesländern;

- die unternehmerische Betätigung von Land und Gemeinden zurückzuschrauben, indem das Kommunalselbstverwaltungsgesetz so geändert wird, dass Kommunen nur noch dann wirtschaftlich tätig werden dürfen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert;
- das Saarland zur Modellregion für Existenzgründer zu machen. Gründern soll ein erstes bürokratiefreies Halbjahr zugestanden werden. Darüber hinaus sollen sie in den ersten 5 Jahren von der Arbeitsstättenverordnung, der Gewerbesteuer und den Beitragszahlungen an die Kammern freigestellt werden;
- den so genannten Wasser-Cent abzuschaffen;
- das Ladenschlussgesetz für Werktag abzuschaffen. Unberührt sollen die Sonn- und Feiertage bleiben, da diese als Tage der Arbeitsruhe verfassungsrechtlich geschützt sind;
- ein gemeinsames Ansiedlungs- und Standortmarketing für sämtliche Gebietskörperschaften zu entwickeln, so dass die Attraktivität des Saarlandes erhöht wird;
- repräsentative Kongress- und Tagungsmöglichkeiten zu schaffen;
- das Projekt „Stadtmitte am Fluss“ endlich als Leuchtturmprojekt des Landes anzuerkennen und zügig umzusetzen;
- die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes sofort in Angriff zu nehmen;
- ausreichend Landesmittel für die Ziele des Mittelstandsförderungsgesetzes bereitzustellen;
- die gesamte Förderkulisse zu straffen, so dass zwischen dem Zeitpunkt der Antragstellung und der Förderung so wenig Zeit wie nur möglich verstreicht;
- Betriebsnachfolgen konsequent zu unterstützen und zu fördern und so bestehende Arbeitsplätze zu sichern;
- die Gründung von Unternehmen und wirtschaftliche Zusammenhänge im Rahmen der saarländischen Lehrpläne nachhaltig zu vermitteln;
- mittelständische Unternehmen angemessen an der öffentlichen Auftragsvergabe zu beteiligen;
- das Vergabeverfahren zu entschlacken, indem die vorzulegenden Dokumente auf das absolut notwendige Minimum reduziert werden;
- die öffentliche Hand zu einem Vorbild bei der Zahlungsmoral zu machen;
- den Nutzen der von der Landesregierung eingerichteten Cluster zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu streichen;
- Art. 52 der Verfassung des Saarlandes, der die Verstaatlichung von Schlüsselunternehmen vorschreibt, ersatzlos zu streichen;
- die Rettungsdienste für Private weiter zu öffnen;
- gesetzlich festzulegen, dass jede Gaststätte von außen deutlich sichtbar als Raucher- oder Nichtrauchergaststätte gekennzeichnet ist. Darüber hinaus muss

- jede Gastwirtin und jeder Gastwirt selbst entscheiden können, ob in der jeweiligen Lokalität geraucht werden darf oder nicht;
- den Strukturwandel zu nutzen, um das Saarland zu einem wirtschaftlichen Zentrum Europas neben den politischen Zentren Brüssel und Straßburg, den juristischen Zentren Straßburg und Luxemburg und dem finanzpolitischen Zentrum Frankfurt am Main auszubauen, und dabei gerade auch die Möglichkeiten im Gesundheitsbereich auszuschöpfen.

Steinkohlebergbau im Saarland beenden

Seit 1991 fordern wir das Ende des heimischen Steinkohlebergbaus. Diese Position hat sich nicht zuletzt durch das schwerste bergbaubedingte Beben in Deutschland bestätigt. Das Beben vom 23. Februar 2008 war der traurige Höhepunkt einer langen Kette von schweren Beben und hat zu zahlreichen Schäden an Gebäuden und zu Beeinträchtigungen der Gesundheit geführt. Spätestens mit diesem Ereignis hat sich der saarländische Steinkohlebergbau als Gefahr für Leib und Leben erwiesen. Eine Weiterführung des Bergbaus ist auch vor diesem Hintergrund unverantwortlich. Das von der Landesregierung festgelegte voraussichtliche Ende im Jahre 2012 ist für uns deshalb viel zu spät. Unser Ziel ist das schnellstmögliche Ende des Bergbaus im Saarland unter gleichzeitiger Vermittlung von Bergleuten in zukunftssichere Arbeitsplätze. Durch einen früheren Abbaustopp können Milliarden an Subventionen gespart und weitere Schäden an Privatbesitz von Bergbaubetroffenen und an öffentlichen Gebäuden verhindert werden. Vor allem aber gilt es aber auch, die Gesundheit der Bergbaubetroffenen zu schützen.

Wir setzen uns dafür ein:

- den saarländischen Steinkohlebergbau schnellstmöglich endgültig zu beenden;
- das Bundesberggesetz zu ändern, um endlich eine gerechte Entschädigung der Oberflächeneigentümer zu gewährleisten;
- mit der Bundesagentur für Arbeit und der DSK ein umfassendes Qualifizierungs- und Umschulungsprogramm zu starten, um den Bergleuten eine berufliche Perspektive bieten zu können;
- mit der Bundesregierung die gesetzlichen Bedingungen zu schaffen, um eine Umwidmung der Absatzbeihilfen in Umstrukturierungsbeihilfen zu ermöglichen;
- die Bundesregierung dazu zu bewegen, die eingesparten Absatzbeihilfen dem Saarland für den Strukturwandel zur Verfügung zu stellen;
- den Weg für Importkohle freizumachen, indem die Verkehrsinfrastruktur den neuen Anforderungen angepasst wird;

- in Bergaugebieten flächendeckend die Radonkonzentration zu messen, um Betroffene vor Risiken zu schützen;
- das Oberbergamt für das Saarland als Landesmittelbehörde abzuschaffen.

Arbeit Vorfahrt gewähren

Liberale Wirtschaftspolitik trägt deshalb dem Prinzip „Arbeit hat Vorfahrt“ Rechnung. Denn wir sehen unsere zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe in der nachhaltigen Bekämpfung der Erwerbslosigkeit. Denn nur durch mehr Beschäftigung können wir die Teilhabe möglichst vieler Menschen am wirtschaftlichen Wohlstand und am gesellschaftlichen Leben erreichen. Wir setzen auf Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Der zweite und dritte Arbeitsmarkt sollen als Instrumente der Sozialpolitik der Integration von Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt dienen. Wir wollen das individuelle Potential und die Motivation der Arbeitssuchenden fördern, sie auf Basis ihres eigenen Engagements in den Arbeitsprozess integrieren und generell Eintrittsbarrieren auf dem Arbeitsmarkt abbauen. Nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ muss der Sozialstaat jeder Bürgerin und jedem Bürger die Chance geben, so weit wie möglich ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft führen zu können.

Wir setzen uns dafür ein:

- durch die Senkung von Steuern und Abgaben die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen und gleichzeitig die Ursachen der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung zu bekämpfen;
- betriebliche Bündnisse für Arbeit zu ermöglichen;
- für bessere Beschäftigungschancen zu sorgen, indem das Kündigungsschutzgesetz von Eintrittsbarrieren befreit wird;
- die „Arbeitsverwaltung“ weitestgehend in die Zuständigkeit der kommunalen Ebene zu übertragen;
- arbeitsmarktpolitische Maßnahmen aus dem System der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen und aus Steuern zu finanzieren, um so mehr Spielraum für eine Beitragssenkung zu haben;
- die staatliche Förderung der Altersteilzeit abzuschaffen;
- Transferleistungen an den Grundsatz Leistung und Gegenleistung zu koppeln. Denn wem die Gemeinschaft die finanzielle Grundlage seiner Lebensführung gibt, der muss auch für sie etwas leisten;
- Arbeitsplatzvernichtungsprogramme, wie z.B. Tarifreuegesetze, abzuschaffen statt weiter auszudehnen;
- den bewährten Ausbildungspakt zwischen Wirtschaft und Staat fortzuführen, um die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zu steigern;

- auf verbesserte Beschäftigungschancen für Ältere hinzuwirken.

Automobilstandort Saar stärken

Die Automobilindustrie gehört zu den tragenden Säulen der Saarwirtschaft. Dieser exportstarken Branche ist es zu verdanken, dass der Strukturwandel auf einem guten Weg vom Steinkohlebergbau hin zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort ist. Wir wollen deshalb die Automobilindustrie durch Investitionen in Forschung und Entwicklung stützen und für Neuansiedlungen attraktiver machen.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Automobilstandort durch flankierende Maßnahmen von Seiten der saarländischen Hochschulen zu stärken;
- den Know-how-Transfer von der Theorie in die Praxis stärker zu fördern.

Bürokratielasten abbauen – helfen statt gängeln

Bundesweit gibt es über 90.000 Einzelvorschriften, viele davon beinhalten unnötige Bürokratievorschriften. Insgesamt entstehen für die deutsche Wirtschaft jährlich rund 46 Mrd. Euro Bürokratiekosten – Kosten, die letztlich an die Verbraucher weitergegeben werden. Wir wollen diese Überregulierung beenden, damit das Saarland im Bundesvergleich die schnellste Verwaltung erhält.

Darüber hinaus gilt es, die Unternehmen in ihrer Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sie von den bürokratischen Fesseln zu befreien und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Wir treten deshalb für ein konsequentes Durchforsten der Gesetze und Verordnungen ein. Unser Ziel ist es, notwendige Regelungen und Verfahren zu vereinfachen und unnötige Regelungen abzuschaffen.

Wir setzen uns dafür ein:

- alle Gesetzentwürfe der Landesregierung und der Landtagsfraktionen durch den Kontrollrat für Bürokratiekosten überprüfen zu lassen. Außerdem sollen bereits bestehende Gesetze auf ihre Bürokratiekosten hin überprüft werden;
- alle Gesetze und Verordnungen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und schon bei ihrer Einführung zeitlich zu befristen;

- durch die Landesregierung zu jedem Gesetz und jeder Verordnung eine umfassende Kostenfolgeabschätzung vorlegen zu lassen, die eine Kontrolle der Lasten ermöglicht;
- statistische Pflichten so weit wie möglich aufzuheben;
- sämtliche Bau-, Denkmalschutz- und Umweltvorschriften zu überprüfen, um Investitionshemmisse zu beseitigen;
- Vergabeverfahren zu entschlacken, indem die vorzulegenden Dokumente auf das absolut notwendige Minimum reduziert werden;
- die Antragstellung von Unternehmen an Behörden über Internet und E-Mail konsequent einzuführen und auszubauen;
- das Verbot des Betriebes von Autowaschanlagen und Videotheken an Sonn- und Feiertagen aufzuheben;
- Gaststätten den Außenausschank an sieben Tagen die Woche bis 24 Uhr zu ermöglichen, soweit die Anwohner dadurch nicht unzumutbar beeinträchtigt werden;
- ein landeseigenes saarländisches Gaststättengesetz zu erlassen, um die Gastwirtinnen und Gastwirte im Saarland nicht durch die bürokratielastigen und realitätsfernen Bundesregelungen zu behindern. Dabei ist die derzeitig geltende Erlaubnispflicht durch eine Anzeigepflicht zu ersetzen. So wird das Verfahren der Gewerbeanzeige deutlich verkürzt.

Energieland Saarland voranbringen

Aufgrund seiner industriellen Geschichte ist das Saarland traditionell ein bedeutender Energiestandort. Nach wie vor wird im Saarland mehr Strom produziert, als von den Saarländerinnen und Saarländern verbraucht wird. Und wegen seiner geographischen Lage im Herzen Europas ist das Saarland eine wichtige Drehscheibe im Transport von Strom und Gas. Dies alles verdeutlicht die enorme Bedeutung der Energiewirtschaft für das Saarland. Unser Ziel ist es deshalb, den Energiestandort Saarland zu erhalten und im Sinne einer nachhaltigen Energiepolitik fit für die Zukunft zu machen. Eine zu starke einseitige Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen ist dabei zu vermeiden und eine langfristige Versorgungssicherheit durch einen breit angelegten Energiemix zu gewährleisten. Die Ziele Einsparung, effiziente Energienutzung, Ressourcenschonung und Klimaschutz sind für uns zentrale Aufgaben einer generationengerechten Umweltpolitik. Aufgrund des weltweit steigenden Energieverbrauchs stehen wir heute vor großen Herausforderungen. Wir wollen eine konsequente und langfristig wirtschaftliche Ausschöpfung der Energiesparpotentiale. Parallel dazu gilt es, die Nutzung der regenerativen Energien technisch weiterzuentwickeln, so dass Ökonomie, Ökologie und Beschäftigung in verträglicher Weise miteinander verbunden werden können.

Wir setzen uns dafür ein:

- einen Masterplan in Form eines integrierten Energiekonzeptes zu entwickeln, das sowohl regenerative wie nicht-regenerative Energieträger einschließt und die nachhaltige Sicherung des Energiebedarfs des Saarlandes für nachfolgende Generationen sicherstellt;
- spätestens bis zum Jahr 2020 20 Prozent des saarländischen Strombedarfes aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Den Schwerpunkt sollen dabei Biomasse, Geothermie und Photovoltaik bilden;
- einen echten Wettbewerb unter den alternativen Energien zu etablieren, damit regenerative Energien weiter gefördert werden und sich gleichzeitig die effizienteste Lösung an einem Standort durchsetzt;
- den stark überalterten Kraftwerkspark zu erneuern, um die Wirkungsgrade zu erhöhen, die CO2-Emissionen zu verringern und den Energiestandort Saar zu stärken;
- die Kraft-Wärme-Kopplung in den neuen Kraftwerken stärker zum Einsatz zu bringen und die Fernwärmeschiene auszubauen;
- die Energieforschung im Saarland auszubauen, indem Modell-Kraftwerke im Bereich der Geothermie und der CO2-Abscheidung gefördert werden;
- für sämtliche landeseigenen Immobilien zügig einen Energiepass zu erstellen;
- die Energiepolitik, die im Saarland über drei Ministerien verteilt ist, in einem Ministerium zu bündeln;
- Energie bezahlbar zu machen, indem der Mehrwertsteuersatz auf Energie von 19 Prozent auf 7 Prozent gesenkt oder alternativ die Ökosteuer entsprechend gesenkt wird;
- die Stromsteuer durch Weiterentwicklung des Emissionshandels zu senken, indem die Zertifikate vollständig versteigert werden;
- die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Industriebrachen zu forcieren;
- ein Pilotprojekt „Regenerative-Energien-Gemeinde“ zu schaffen;
- beim Ausbau von Gewerbegebieten auf eine ökologische Energieversorgung hinzuwirken;
- kein Atommüllendlager in der Großregion SaarLorLux einzurichten;
- Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen im Bereich der Produktion und Dienstleistung regenerativen Energien zu schaffen.

Wachstumsmotor Tourismus starten

Der Tourismus ist eine Wachstumsbranche der Zukunft. Nach Angaben der World Tourism Organization (WTO) wird die Tourismusbranche in Deutschland bis 2020 einen Anteil von 10 Prozent am weltweiten Auslandsreisemarkt erreichen. Dass jeder Dritte

sich für heimische Reiseziele entscheidet, belegt die stark wachsende ökonomische Bedeutung des Inlandstourismus. Wegen der großen Chancen dieses Trends müssen gerade in strukturschwachen Regionen wie dem Saarland die Weichen so gestellt werden, dass sie an dieser Entwicklung partizipieren. Leider konnte das Saarland von dieser positiven Entwicklung bisher nicht profitieren. Es verfügt zwar über einige touristische Highlights, die steigende Besucherzahlen verzeichnen. Allerdings kommen bei den saarländischen Attraktionen fast zwei von drei Touristen aus dem Saarland selbst. So liegt das Saarland bei dem jährlich vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln erstellten Bundesländerranking bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von Touristen unter allen Flächenländern auf dem letzten Platz. Wir wollen deshalb die noch brach liegenden Wachstumspotentiale des Tourismus nutzen, um den Strukturwandel weiter zu forcieren.

Wir setzen uns dafür ein:

- gemeinsam mit den Regionen des SaarLorLux-Raums einen Masterplan für die überregionale Vermarktsungsstrategie zu erarbeiten, die das Saarland als Region des „savoir vivre“ mit ihren regionalen Besonderheiten etabliert;
- die lokalen und regionalen Werbeauftritte hin zu einer landeseinheitlichen Außendarstellung umzustellen;
- die Übernachtungsbetriebe gezielt zu unterstützen, damit insbesondere auch Kleinstbetriebe von der Möglichkeit der DEHOGA-Klassifizierung als Instrument der Qualitätskontrolle und als Gütesiegel Gebrauch machen können;
- die touristische Infrastruktur weiter auszubauen, damit den Touristen auch ausreichend attraktive Angebote zur Verfügung stehen;
- Ausbildungshemmisse im Hotel- und Gaststättenbereich abzubauen, indem die Arbeitszeiten für Jugendliche von 22.00 Uhr auf mindestens 23.00 Uhr ausgedehnt werden;
- im Tourismusmarketing des Saarlandes die medizinische Fachkompetenz bei Reha und Wellness stärker als bisher herauszustellen, damit das Saarland zu einem attraktiven Standort für Gesundheitstourismus mit all seinen Einrichtungen und Angeboten aufgewertet wird;
- mit touristischen Forschungsinstituten wie dem Europäischen Tourismus Institut (ETI) in Trier einen intensiven Erfahrungsaustausch in Gang zu bringen;
- über die touristischen Marken das gesamte Standort-, Wissenschafts- und Wirtschaftsmarketing des Saarlandes zu stärken;
- den Natur-, Wander-, Radwander- und Wassertourismus landesweit zu entwickeln und zu vernetzen;
- einen Familienpass für die Großregion einzuführen, bei dem Partner aus Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen den Familien vergünstigte Angebote

machen, während das Land die Kosten für die Ausstellung des Passes und die Werbung übernimmt;

- neben dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte weitere Großattraktionen mit überregionaler Strahlkraft zu fördern und zu etablieren;
- den bisherigen Internet-Auftritt der Tourismus-Zentrale mehrsprachig einzurichten, um die Vorzüge unserer Heimat auch im Ausland bekannt zu machen;
- die Ferienzeiten an diejenigen von Rheinland-Pfalz anzulegen und bundesweit zu entzerren.

Wachstum durch liberale Verkehrspolitik sichern

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und zugleich ein Stück Freiheit. Durch Subventionen und sonstige Vergünstigungen versucht der Staat, die Verkehrsmittelwahl der Bürgerinnen und Bürger immer wieder in bestimmte Bahnen zu lenken. Zu den Grundsätzen und Zielen liberaler Verkehrspolitik im Saarland gehört es aber, dass diesbezügliche staatliche Eingriffe unterbleiben. Denn dirigistische Eingriffe in die Verkehrsmittelwahl führen zu volkswirtschaftlichen Nachteilen. Die Verkehrsteilnehmer müssen deshalb in ihrer Entscheidung frei bleiben, welches Verkehrsmittel ihren jeweiligen Mobilitätsbedürfnissen am besten Rechnung trägt.

Zudem muss in der Verkehrspolitik marktwirtschaftlichen Grundsätzen verstärkt Geltung verschafft werden. Bevölkerung und Wirtschaft müssen ihre Transportmittelwahl auf der Grundlage klarer und transparenter Kenntnisse über die tatsächlichen Wegekosten treffen können, in denen auch die jeweiligen Umweltbelastungen klar ausgewiesen werden. Wir wollen eine innovative, an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Verkehrspolitik als eine zentrale Grundlage für Lebensqualität, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Wir setzen uns dafür ein:

- klare Finanzierungsregeln und -kompetenzen zu schaffen, indem die derzeitige Finanzierungsvielfalt aus steuerlichem Querverbund, Zahlungen von Kommunen, Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr usw. gebündelt werden und ein klares Finanzierungskonzept erstellt wird;
- den Ausbau der Saarbahn nach Lebach und den Weiterbau von Saarbrücken bis Völklingen voranzubringen;
- die Bahnstrecke Paris-Saarbrücken in Frankreich besser zu vermarkten;
- die deutsch-französische Schnellzugverbindung über Saarbrücken durch einen Ausbau der Strecke nach Frankfurt zu verbessern;

- die Regionalisierungsmittel des Bundes aufzustocken, um eine Ausdünnung des Schienenverkehrs zu verhindern;
- die Trennung von Strecke und Betrieb beim Schienenpersonennahverkehr zu verwirklichen, um eine private Bewirtschaftung mit besseren Leistungen zu ermöglichen;
- den Logistikstandort Saarland mit seiner immer wichtigeren Rolle im Herzen Europas nicht durch weitere Erhöhungen der LKW-Maut zu gefährden;
- die Einnahmen aus der LKW-Maut vollständig zur Finanzierung notwendiger Straßeninfrastrukturmaßnahmen zu verwenden;
- mehr Mittel für die Instandhaltung der bestehenden Straßen bereitzustellen;
- die grenzüberschreitenden Verbindungen auf einem hohen Leistungsstandard auszubauen;
- die Anbindung Luxemburgs an den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern, um den Pendlern eine echte Alternative zum Auto zu bieten;
- mit beschleunigten Genehmigungsverfahren Investitionen zeitnah zu ermöglichen;
- den Flughafen besser an Saarbrückens Innenstadt anzubinden;
- auf eine Kooperation des Flughafens Saarbrücken mit den Flughäfen Luxemburg, Metz, Straßburg und Zweibrücken hinzuwirken, um einen ruinösen Subventionswettlauf zu verhindern;
- das begleitete Fahren vom Modellprojekt zum Standard zu machen;
- Geschwindigkeitskontrollen auf Unfallschwerpunkte zu konzentrieren;
- flexible Lösungen im ÖPNV, besonders im ländlichen Raum in Form von Ruftaxen und –bussen, zu schaffen;
- den Schüler- und Kindergartentransport flächendeckend auch für Ganztagsangebote zu gewährleisten und hierbei auch die Vernetzung der Regionen zu forcieren;
- Pendlernetzwerke zu unterstützen und die Chancen für Car-Sharing durch privilegierte Regelungen beim Parken zu erhöhen;
- das Netz von Mitfahrerparkplätzen bedarfsgerecht auszubauen;
- Park-and-Ride-Möglichkeiten bedarfsgerecht auszubauen;
- beim Ausbau des Radwegenetzes den Einsatz weiterer Mittel dort zu konzentrieren, wo sie am ehesten Gewähr für eine intensive Nutzung dieser Verkehrswege bieten.

Haushalt und Finanzen

Die saarländischen Finanzen befinden sich derzeit in einem desolaten Zustand. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ist so groß, dass in naher Zukunft noch kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Insofern ist das Saarland auf die Hilfe der bündischen Solidargemeinschaft angewiesen. Mit dieser Unterstützung kann das Saarland aber nur dann rechnen, wenn es selbst alles unternimmt, um das Ausgabenwachstum in engen Grenzen zu halten.

Zu einem strikten Sparkurs, der notwendige Zukunftsinvestitionen nicht gefährdet, gibt es deshalb keine Alternative. Neue Aufgaben müssen daher durch Umschichtungen im Haushalt finanziert und überplanmäßige Steuereinnahmen vor allem zur Senkung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Nur wenn wir in dieser Weise nachhaltig mit dem Geld der Steuerzahler umgehen, kann von einem generationengerechten Haushalt gesprochen werden, der die finanziellen Spielräume für kommende Generationen nicht noch weiter durch steigende Zinszahlungen einengt.

Ausgaben auf das Notwendige beschränken

Nur mit einer soliden finanziellen Basis kann der Staat leisten, was er leisten muss. Finanzielle Leistungen des Staates müssen dabei auf unbedingt notwendige Ausgaben reduziert werden. Dazu müssen in einem ersten Schritt die Regeln bezüglich der Kreditaufnahme geändert werden. Die bestehenden Vorschriften konnten eine immer weiter ausufernde Verschuldung nicht stoppen. Vielmehr haben sie dazu geführt, dass Belastungen von heute auf die Generation von morgen verlagert wurden. In einem weiteren Schritt müssen dann sämtliche Ausgaben – und zwar ohne ideologische Scheuklappen – auf den Prüfstand. Insbesondere die Subventionen müssen deshalb regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft werden.

Wir setzen uns dafür ein:

- wirksame Regeln und Mechanismen zur Verhinderung von Neuverschuldung und zum Abbau alter Schulden bei Bund, Ländern und Gemeinden einzuführen;
- ein Neuverschuldungsverbot ab 2020, auch Schuldenbremse genannt, mit ganz eng gefassten Ausnahmen zu schaffen, damit der jährliche Zinsaufwand von Jahr zu Jahr sinkt und schließlich völlig entfällt;
- eine Senkung der konsumtiven Ausgaben voranzutreiben;
- eine konsequente Rückführung der Ausgabereste im Landeshaushalt zu betreiben, damit mehr Spielräume für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen;

- beim Sparen darauf zu achten, dass die Lasten von allen Bevölkerungsschichten nach ihrer Leistungsfähigkeit gleichermaßen getragen werden;
- Einsparpotentiale auch außerhalb des Haushalts zu nutzen. Als Beispiel ist hier das Hesse-Gutachten zur Reduzierung der Landkreise im Saarland zu nennen. Dessen konsequente Umsetzung hätte alleine bereits Einsparungen von bis zu 73 Mio. Euro ermöglicht;
- alle Aufgaben daraufhin zu prüfen, ob sie zum Bereich staatlicher Pflichten gehören und – wenn ja – ob ihre Erfüllung an Dritte vergeben werden kann;
- Beamte nur noch für Kernaufgaben des Staates einzustellen;
- die Wochenarbeitszeiten von Beamten und Angestellten (bzw. „Beschäftigten“) weiter anzulegen;
- alle Förderprogramme – unabhängig davon, ob sie allein vom Land oder in Kofinanzierung mit dem Bund oder der EU bestritten werden – in Bezug auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit zu untersuchen;
- Programme zu streichen, deren Erfolg nicht ausreichend oder gar nicht nachweisbar ist;
- verbleibende Fördertatbestände degressiv zu gestalten und zu befristen;
- Subventionen nur als Anschubfinanzierung zuzulassen und nur nach eindeutigen Zielvorgaben zu vergeben;
- jede Landesbeteiligung daraufhin zu untersuchen, ob sie im Landesinteresse – und wenn ja: im bisherigen Umfang oder eventuell mit einem geringeren Anteil – überhaupt noch sinnvoll ist;
- neue Beteiligungen nur zu erwerben, wenn vorher ein politisch definierter Kriterienkatalog abgearbeitet worden ist, der in einem saarländischen Privatisierungsgesetz festgeschrieben wird;
- Beteiligungen, die im Landesinteresse nicht erforderlich sind, nach Maßgabe der Marktmöglichkeiten zu veräußern;
- Landesbetriebe oder Teile davon zu privatisieren, wenn ein Verbleib als Landesbetrieb nicht aus hoheitlichen oder sonstigen politischen Gründen zwingend geboten erscheint;
- den Erlös aus dem Beteiligungsverkauf ausschließlich zur Schuldentlastung zu verwenden.

Mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit

Haushaltspläne müssen aussagekräftig, transparent und übersichtlich gestaltet werden. Denn nur wenn der Haushalt die Lage transparent und einfach darstellt, kann man sich ein Bild von der finanziellen Situation machen. Mittelfristig muss deshalb der Landshaushalt auf die kaufmännische Buchführung umgestellt werden. Das stärkt die Kontrollrechte des Parlaments und macht die Finanzpolitik des Landes für den Bürger

nachvollziehbar und nachprüfbar. Daneben muss der Haushalt auch sämtliche Schulden ausweisen. Deshalb ist die so genannte implizite Verschuldung, die sich aus der Höhe der zukünftigen staatlichen Verpflichtungen – Pensionszahlungen – ergibt, offen im Haushalt auszuweisen. Nur bei Einbeziehung der langfristigen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung lässt sich nämlich die Nachhaltigkeit der aktuellen Fiskalpolitik beurteilen, weil die statische Momentaufnahme der expliziten Staatsverschuldung kein korrektes Bild von den wahren Lasten für zukünftige Generationen abgibt. Außerdem muss der Investitionsbegriff grundlegend überarbeitet werden. Denn längst nicht alles, was im Haushalt als Investition bezeichnet wird, ist auch tatsächlich eine Investition.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Landeshaushalt mittelfristig von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen. Das bedeutet, dass nicht länger lediglich Geldströme erfasst werden, indem künftige Ausgaben künftigen Einnahmen gegenüber gestellt werden, sondern dass neben den Geldströmen auch Wertverluste erfasst werden und eine Bilanz erstellt wird;
- eine neue Ehrlichkeit und Offenheit in der Finanzpolitik in Gang zu bringen;
- in den jeweiligen Haushalten von Bund und Ländern die Verschuldung durch Pensionsverpflichtungen offen auszuweisen;
- langfristig sämtliche Pensionslasten über einen Pensionsfonds abzudecken;
- die Anlage der Mittel unter den Gesichtspunkten Sicherheit und Rendite zu gewährleisten, ohne die Kreditaufnahme des Landes auszuweiten;
- nur noch Ausgaben als Investitionen zuzulassen, bei denen auch eine positive Rendite (z.B. in Form einer Standortverbesserung) erwartet werden kann.

Einfache, gerechte und niedrige Steuern einführen

Die Mittelschicht ist in den letzten sechs Jahren um 8 Prozent geschrumpft. 13 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland waren 2004 von Armut gefährdet. Schuld daran ist der leistungsfeindliche und ungerechte Tarifverlauf bei der Einkommensteuer. Der so genannte Mittelstandsbauch belastet gerade die Bezieher mittlerer Einkommen. Diese Leistungsträger unserer Gesellschaft bekommen bei Gehaltserhöhungen die Progression mit voller Härte zu spüren. Oftmals kommt deswegen im Geldbeutel nur die Hälfte des zusätzlichen ausgezahlten Brutto an. Damit sich Leistung wieder lohnt, wollen wir das geltende Steuerrecht durch ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuerrecht ersetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein:

- das bestehende Einkommensteuerrecht durch ein einfaches, niedriges und gerechtes Gesetz zu ersetzen und sämtliche Ausnahmetatbestände zu streichen;
- den Drei-Stufen-Tarif von 10%, 25% und 35% einzuführen. Dabei gilt für Einkommen bis 20.000 Euro ein Steuersatz von 10%, für Einkommensteile zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro ein Steuersatz von 25% und für Einkommensteile ab 50.000 Euro ein Steuersatz von 35%;
- die Unternehmensteuern rechtsformneutral zu gestalten;
- ein niedriges, einfaches und gerechtes Unternehmensteuersystem einzuführen;
- den Tarifverlauf analog zum Stufentarif der Einkommensteuer zu gestalten. Die letzte Stufe soll hierbei entfallen, so dass die Steuerlast der Unternehmen bei 15% beziehungsweise 25% liegt;
- jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig vom Alter einen Grundfreibetrag von 8.000 Euro zu gewähren;
- die von der schwarz-roten Koalition eingeführte Reichensteuer abzuschaffen;
- den Katalog der ermäßigten Mehrwertsteuer zu überarbeiten und dabei arbeitsintensive Dienstleistungen wie das Bau-, Hotel- und Gaststättengewerbe nur noch mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu belegen;
- die Vermögensteuer endgültig abzuschaffen.

Kommunale Finanzen stärken

Die kommunale Selbstverwaltung wurde in der Vergangenheit immer wieder durch staatliche Eingriffe, zentralistische Lenkungsmaßnahmen und Aufgabenzuweisungen untergraben, ohne dass aber gleichzeitig die zur Umsetzung erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Die Autonomie der kommunalen Ebene muss deshalb nachdrücklich ausgebaut und gestärkt werden. Die Prinzipien von Subsidiarität – jede Aufgabe wird auf der kleinstmöglichen Ebene bewältigt – und Konnexität – keine Zuweisung von Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich – sind strikt anzuwenden.

Damit diese Prinzipien gewahrt und die kommunalen Finanzen gestärkt werden, wollen wir die Gewerbesteuer abschaffen und durch zwei tragfähige Säulen der Gemeindefinanzen ersetzen. Die erste soll in einem Zuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer bestehen, über dessen Höhe die Kommune selbst entscheidet. Eine vorherige Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs muss sicherstellen, dass für die Steuerpflichtigen keine Mehrbelastung entsteht. Die zweite Säule soll in einem substanzial erhöhten Anteil der Städte und Gemeinden an der Umsatzsteuer bestehen.

Wir setzen uns dafür ein:

- die überholte, stark schwankende, schwer prognostizierbare und mittelstandsfeindliche Gewerbesteuer abzuschaffen;
- ein kommunales Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer im Rahmen der vorgeschlagenen Gesamtreform der direkten Steuern einschließlich der Unternehmensbesteuerung einzuführen;
- die Kommunen zum Ausgleich stärker am Umsatzsteueraufkommen zu beteiligen.

Steuerkompetenz der Länder stärken

Die Chancen des Föderalismus liegen in der Vielfalt und in der Offenheit für neue Ideen. Dies gilt ganz besonders für die Steuerpolitik, denn nach vielen Jahren haben sich die anfangs klaren Konturen des Föderalismus verwischt. Das ursprünglich ausgewogene Verhältnis zwischen Bund und Ländern hat sich immer stärker zum Nachteil der Länder verschoben. Immer neue Ausgleichsmechanismen verhindern den sinnvollen Gestaltungswettbewerb um bessere Lösungen. Die staatliche Ordnung Deutschlands bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Potentiale des Föderalismus müssen deshalb neu entfesselt werden. Wir wollen hier eine Entflechtung, denn Steuern, deren Ertrag den Ländern zufließt, müssen auch in die Gesetzgebungshoheit der Länder übergehen.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Ländern bei Steuern, deren Ertrag ihnen zufließt, auch die Gesetzgebungskompetenz zu übertragen.

Umwelt

Insbesondere in der Umweltpolitik ist der Dreiklang von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit richtungweisend für unser Handeln. Ökologie und Ökonomie dürfen nicht länger als unüberwindbare Gegensätze gesehen werden.

Die umweltpolitischen Herausforderungen für die Entwicklung des Saarlandes sehen wir in den regionalen Auswirkungen des globalen Klimawandels, des sozialen Wertewandels, des demographischen Wandels und der Ressourcenverknappung mit ihren jeweiligen gegenseitigen Beeinflussungen. Mit dem globalen Klimawandel gehen ein erhöhtes Hochwasser- auf der einen und ein Dürrerisiko auf der anderen Seite einher. Auch mit Ernteeinbußen in Land- und Forstwirtschaft und einer Veränderung der Artenzusammensetzung muss gerechnet werden.

Durch den demographischen Wandel verändern sich die Ansprüche an eine nachhaltige Raumgestaltung. Zugleich kann die Ressourcenverknappung auf dem Weltmarkt zu einer intensivierten Landnutzung führen. Diese Entwicklungsperspektiven bedeuten auch eine Veränderung der saarländischen Landschaften.

Klimaschutz vorantreiben

Der Klimaschutz ist eine der Kernaufgaben einer generationengerechten Politik. Nur wenn wir heute handeln, werden nachfolgende Generationen akzeptable Lebensräume im Saarland vorfinden. Unser Handeln muss dabei ideologiefrei auf das Ziel, die Folgen des Klimawandels zu begrenzen, gerichtet sein. Dafür brauchen wir eine klare energiepolitische Strategie, die Ökonomie und Ökologie miteinander in Einklang bringt, und die die teilweise heute schon absehbaren Folgen berücksichtigt. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist vor dem Hintergrund der klimatischen Veränderungen zentrales Anliegen unserer Politik.

Wir setzen uns dafür ein:

- die CO2-Emissionen der Industrie, aber auch der privaten Haushalte, zu verringern;
- die erneuerbaren Energien verstärkt auszubauen;
- Maßnahmen zu ergreifen, um schon Kinder und Jugendliche für den Klimaschutz zu sensibilisieren;
- Waldbrand- und Überschwemmungsgefahren zu erkennen und durch entsprechende präventive Maßnahmen entgegenzuwirken.

Landwirtschaft weiterentwickeln

Die vielfältigen Leistungen der Agrarbetriebe sind für das Saarland von großer Bedeutung. Nahezu die Hälfte der gesamten Landesfläche wird agrarwirtschaftlich genutzt. Dabei erzeugen die heimischen Landwirtschaftsbetriebe nicht nur Lebensmittel und nachwachsende Rohstoffe, sie gestalten auch Lebensräume und schaffen damit Lebensqualität. Eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung ist somit auch ein positiver Standortfaktor, der die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entscheidend mitprägt.

Die Landwirtschaft im Saarland braucht engagierte Unternehmer, die den Willen und die Fähigkeit besitzen, Leistung und Innovation sichtbar unter Beweis zu stellen. Dies gilt auch für die Produktion von Bioenergie, die im Wettbewerb zur Nahrungsmittelerzeugung steht und nur durch staatliche Subventionen rentabel ist. Wir sprechen uns für zeitlich beschränkte Anschubsubventionen aus, um Existenzgründungen auch in der Landwirtschaft zu erleichtern und den Einsatz neuer Technologien voranzutreiben.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Investitionsförderung zu modifizieren, um der Landwirtschaft wie dem Garten- und Weinbau zukunftsweisende Perspektiven zu eröffnen;
- landwirtschaftliche Produkte regional zu vermarkten und so dem Umweltschutz z.B. durch Vermeidung längerer Transportwege und zusätzlicher Emissionen gerecht zu werden;
- die Besteuerung von Agrardiesel – auf EU-Ebene – umgehend zu harmonisieren.

Forstwirtschaft nachhaltig gestalten

Die Forstwirtschaft ist aus unserer Sicht auf nachhaltiger Basis zu betreiben, die auf ein Gleichgewicht von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit in Form naturnaher Waldwirtschaft abzielt. Denn Wälder haben eine wirtschaftliche Bedeutung als Lieferant von Energierohstoff und Baustoff, sind Grundlage für die Papierproduktion und haben eine soziale Bedeutung als Erholungsraum sowie eine ökologische Bedeutung, beispielsweise als Frischluftproduzent und Grundwasserspeicher.

Wir wollen die saarländischen Wälder nicht durch eine übermäßige Nutzung gefährden, sondern die Wälder u.a. durch die Förderung des heimischen Wertholzes als CO₂-Senke ausbauen.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Reorganisation des Staatsforstes vorbehaltlos zu prüfen;
- eine Waldfunktionsplanung zu erstellen;
- angemessene Reviergrößen zu schaffen;
- das Ziel staatlicher Forstpolitik nicht nur an der Rentabilität auszurichten.

Bedingungen für Fischerei und Jagd verbessern

Fischerei und Jagd haben zum einen eine ökologische Funktion, indem sie Überbestände von Wildtieren regulieren, die Ökosysteme schädigen könnten (z. B. Wildschweine). Zum anderen erfüllen sie auch ökonomische und soziale Funktionen, indem sie Lebensmittel bereitstellen und den Zusammenhalt der Gemeinschaft und Gesellschaft stärken. Dieser Vielfalt müssen auch die fischerei- und jagdpolitischen Rahmenbedingungen gerecht werden. Wir lehnen die Jagdsteuer aus diesen Gründen bereits seit langem ab und fordern ihre umgehende Abschaffung. Es ist bedauerlich, dass die Diskussion insbesondere um die Jagd häufig weniger sachlich an den Tatsachen denn ideologisch ausgerichtet ist.

Wir setzen uns dafür ein:

- die sachlich unangemessene Jagdsteuer abzuschaffen;
- die Jagdmöglichkeit in Schutzgebieten (Bejagung des Schwarzwilds in Biosphärengebieten) einer ideologiekritischen Überprüfung zu unterziehen;
- die Bindung des Jagdrechtes an das Eigentum zu erhalten;
- aufgrund der in den vergangenen Jahren erheblichen Schäden an den Fischbeständen ein Kormoranmanagement zu entwickeln;
- einen guten ökologischen Zustand der natürlichen Gewässer zu fördern.

Raum- und Landschaftsentwicklung neu ordnen

Die Herausforderung der Planung und Entwicklung von Raum und Landschaften ist es, sich weder einseitig dem Prinzip der ökonomischen Produktion, noch einseitig dem ökologischen Schutz oder sozialen ästhetischen Anforderungen zu unterwerfen. In den vergangenen 200 Jahren hat sich das Saarland von einem Agrarland über ein Industrieland hin zu einem Land mit starkem Dienstleistungsbezug und Standort einer wissensbasierten Ökonomie entwickelt. Dabei haben sich die Ansprüche an den Raum gewandelt: Die eindeutige Trennung zwischen Stadt und Land hat sich aufgelöst. Im Zuge der Industrialisierung sind Bevölkerung, Siedlungen und so auch die Zahl und

Größe der Industrieflächen gewachsen. Inzwischen dominieren vor dem Hintergrund des sozialen Wertewandels und des demographischen Wandels neue Anforderungen an Raum und Landschaft. Diese Anforderungen verlangen einen ideologiekritischen Umgang mit Landschaft.

Wir setzen uns dafür ein:

- Neubaugebiete nur in begründeten Ausnahmefällen auszuweisen;
- Anreize zur Schließung von Baulücken zu schaffen, z. B. durch verringerte Besteuerung auf Bauen im Bestand;
- die innerörtliche Sanierung zu stärken;
- die Siedlungstätigkeit zur Verminderung von Emissionen auf die wichtigsten Achsen des ÖPNV zu konzentrieren;
- das Oberzentrum Saarbrücken zu stärken, denn eine Attraktivitätssteigerung der Hauptstadt bedeutet einen Imagegewinn und Entwicklungschancen für das ganze Land;
- die Akzeptanz von Naturschutz zu stärken, indem man den Menschen Entscheidungsfreiheit zurückgibt, indem man die Menschen und ihre Tätigkeiten nicht weiter aus der Landschaft ausgrenzt;
- über die Zukunft der saarländischen Landschaften pragmatisch mit Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Entsorgung optimieren – Kosten stabilisieren

Auch wenn im Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft die Menge an Abfall abnimmt, gilt es, die Abfallbeseitigung der Reststoffe effizient und unter Nutzung aller sinnvollen Möglichkeiten der Wiederverwendung zu gestalten. Abfall ist ein stofflich und energetisch wertvoller Rohstoff. Die Veränderung vom jetzigen Müllabfuhrsystem auf ein Ident- oder Wiegesystem ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Aber ohne weitere einschneidende Veränderungen wird es keine Entspannung der Gebührenlage geben. Hinzu kommt, dass im Saarland derzeit noch der Anschluss- und Benutzungszwang gilt. Das bedeutet, dass Gemeinden den Anschluss an gemeindliche Anstalten der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, der Abfallentsorgung aus Gründen des öffentlichen Wohls vorschreiben können. So wird Wettbewerb verhindert. Wir wollen durch Wettbewerb die Entsorgung im Saarland optimieren und so die Kosten langfristig stabilisieren.

Wir setzen uns dafür ein:

- für mehr Gebührentransparenz zu sorgen;

- den Entsorgungsverband Saar (EVS) auf die Kernaufgaben Abwassersammlung und Reinigung sowie Restmüllentsorgung zu beschränken und alle anderen Tätigkeiten auf Gemeinden oder private Anbieter zu übertragen;
- den Anschluss- und Benutzungzwang aufzuheben;
- Abwasseranlagen stärker zu dezentralisieren und alternative Systeme, wie z. B. Kleinkläranlagen zu fördern;
- kommunale Entscheidungen zur Abfallentsorgung, z. B. beim Verwiegen von Abfall oder bei der Nutzung des Identsystems, zu liberalisieren;
- flächendeckend Wertstoffhöfe zu errichten.

Umweltbildung ausbauen

Um für den Schutz der Umwelt und der Natur eine hohe Akzeptanz der Menschen zu erreichen, muss Umweltpolitik auch in der Bildung eine große Rolle spielen. Denn nur wer über die ökologischen Funktionen und die Vielfalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen Bescheid weiß und sie versteht, ist auch bereit, umweltbewusst zu leben und nachhaltig zu handeln. Dabei fängt für uns Umweltbildung schon im Vorschulalter an und ist Teil des lebenslangen Lernens.

Wir setzen uns dafür ein:

- durch geeignete Angebote in der Jugend- und Erwachsenenbildung das Verständnis für und die Akzeptanz von Umweltpolitik zu stärken;
- die schulische Umweltbildung zu verstärken;
- mehr Umweltprojekte im außerschulischen Bildungsbereich zu initiieren;
- die Anzahl der Plätze für das freiwillige ökologische Jahr auszuweiten.

Innen, Recht und Sport

Die liberale Bürgergesellschaft schöpft ihre Kraft aus dem Mut, der Eigeninitiative und der Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Eine alles kontrollierende oder gar beherrschende Staatsmacht dagegen führt zu Unfreiheit und bringt diese Kraft zum Erlahmen. Zu einer liberalen Bürgergesellschaft gehört aber neben Freiheit auch Sicherheit. Ziel dieser Sicherheit muss es sein, die Freiheit soweit wie möglich zu schützen und so wenig wie möglich einzuschränken – Freiheit und Sicherheit dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Sicherheit bedeutet deshalb einerseits den Schutz gegenüber Bedrohungen wie etwa Kriminalität, Terrorismus und Korruption, andererseits aber auch Schutz gegen einen Staat, der die Bürgerrechte in unverhältnismäßiger Weise einschränkt. Der ungehinderte Zugriff des Staates auf persönliche Daten und die ausufernde Überwachung der Bevölkerung, begründet mit oft mehr als fragwürdigen Bedrohungsszenarien, führt zum „gläsernen Bürger“ und zur Unfreiheit. Unser Ziel ist ein liberales, sicheres und lebenswertes Saarland, das staatliche Eingriffe konsequent auf das zur Gewährleistung der Sicherheit Notwendige beschränkt und den Bürgerinnen und Bürgern zu ihrem Recht verhilft.

Zu einer liberalen Bürgergesellschaft gehört auch die sportliche Betätigung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Denn Sport ist nicht nur Freizeitvergnügen und Gesundheitsförderung, sondern auch einer der wichtigsten Bausteine des Ehrenamts. Nur wenn die Rahmenbedingungen für den Sport stimmen, werden sich so viele Menschen freiwillig engagieren, wie es eine liberale Bürgergesellschaft braucht.

Bürgerrechte und Sicherheit gewährleisten

Den größten Beitrag zur inneren Sicherheit im Saarland leisten nicht Bundesbehörden wie das Bundeskriminalamt, sondern die Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz. Wichtige Entscheidungen für die öffentliche Sicherheit werden deshalb im Land getroffen. An erster Stelle steht für uns dabei die Kriminalitätsverhütung, dann folgen die Gefahrenabwehr und zuletzt die Strafverfolgung. Der vereitelte Terroranschlag von 2007, dessen Wurzeln auch ins Saarland führen, zeigt, dass sich das Bedrohungsszenario für die öffentliche Sicherheit im Saarland gewandelt hat. Den aktuellen Bedrohungen darf aber nicht durch Gesetzesaktionismus begegnet werden. Wir brauchen nicht immer wieder neue und schärfere Gesetze, sondern in erster Linie einen konsequenten Vollzug bestehender Gesetze. Mögliche Lücken in den staatlichen Eingriffsbefugnissen bedürfen immer einer genauen Analyse. Ihr Schließen

muss aber den Grundsätzen der Geeignetheit, der Erforderlichkeit und der Angemessenheit entsprechen.

Bürgerrechte schützen heißt aber nicht nur, Eingriffe des Staates abzuwehren, sondern erfordert in vielen Bereichen ein aktives Handeln durch den Staat. Gerade in den Bereichen Gleichstellung und Integration muss der Staat dieser Verantwortung gerecht werden. Aber auch etwa bei der Belastung durch militärischen Fluglärm muss das Land die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger gegenüber Militär und Bund offensiv vertreten.

Wir setzen uns dafür ein:

- zunächst bereits bestehende Gesetze voll auszuschöpfen und damit Vollzugsdefizite zu beheben, bevor neue Gesetze erlassen und Gesetzesverschärfungen vorgenommen werden. Denn gesetzliche Änderungen täuschen eine Verbesserung der Sicherheit oft nur vor und schränken vor allem die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger weiter ein;
- videotechnische Überwachung nicht flächendeckend einzusetzen. Denn Videoüberwachung verhindert Kriminalität nicht, sondern verlagert sie nur;
- keine flächendeckende Erfassung und Speicherung von Kraftfahrzeugkennzeichen durchzuführen;
- polizeiliche präventive Telefonüberwachung oder Onlinedurchsuchung, Video- und Tonüberwachung nicht ohne Tatverdacht in Wohnungen durchzuführen, sie also nicht willkürlich einzusetzen und Menschen nicht unter Generalverdacht zu stellen;
- alle für die Bürgerrechte einschneidenden Ermittlungsmaßnahmen, auch in Eifällen, unter einen strikten Richtervorbehalt zu stellen;
- alle Ermittlungsinstrumente, die sich wie die Schleierfahndung erwiesenermaßen als überflüssig herausgestellt haben, abzuschaffen;
- den richterlichen Bereitschaftsdienst, z.B. im Rahmen von Freiheitsentziehungen, Wohnungsdurchsuchungen oder Überwachungsmaßnahmen, weiter auszubauen;
- eingetragene Lebenspartnerschaften im saarländischen Beamtenrecht mit der Ehe vollständig gleichzustellen und auch im Bundesrecht Lücken bei der Gleichstellung zu schließen;
- Frauen im Sinne einer Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern;
- einerseits die Integration von Migranten durch Integrationsmaßnahmen zu fördern und andererseits die Bereitschaft zur Integration in das Wertesystem des Grundgesetzes einzufordern;
- Maßnahmen gegen jegliche Form der Diskriminierung zu unterstützen;
- sich bei Militär und Bund für eine deutliche Reduzierung des militärischen Fluglärm einzusetzen.

Moderne Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Polizei

Die saarländische Polizei lebt von ihren gut ausgebildeten und hoch motivierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, sind angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle in der Polizei deutlich mehr Neueinstellungen erforderlich. Denn es sind nicht schärfere Gesetze, die die öffentliche Sicherheit gewährleisten, sondern die Beamten und Beamten.

Auch in der Struktur der Polizei sind Veränderungen erforderlich. So müssen etwa Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamte von polizeifremden Tätigkeiten, wie zum Beispiel im EDV-Bereich, entlastet werden, damit sie ihrer Ausbildung entsprechend eingesetzt werden können. Ziel von Ausbildung und Organisation muss es sein, die vorhandenen Ressourcen von Personal und sachlicher Ausstattung optimal zu nutzen.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Zahl der jährlichen Neueinstellungen in der saarländischen Polizei auf deutlich über 100 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter zu erhöhen;
- Menschen aus den Anrainerstaaten des Saarlandes und/oder mit Migrationshintergrund in einem ausgewogenen Verhältnis in der saarländischen Polizei einzustellen;
- die zweigeteilte Laufbahn vollständig zu verwirklichen. Das bedeutet, dass es zukünftig keinen mittleren Dienst mehr gibt, sondern nur noch zwischen gehobenem und höherem Dienst unterschieden wird;
- die Stellenbewertung unter Berücksichtigung von Eignung, Leistung und Befähigung auf ihre Ausgewogenheit hin zu überprüfen und zu optimieren;
- die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder einzuführen;
- die Organisation der Polizei im Hinblick auf eine frühzeitige Spezialisierung in der Ausbildung von Schutz- und Kriminalpolizei zu überprüfen;
- das Fortbildungsangebot weiter zu intensivieren, insbesondere für den “ersten Angriff”, die aktuelle Gesetzeslage und Rechtsprechung, den Schusswaffengebrauch sowie die Selbstverteidigung;
- verstärkte Fremdsprachenschulungen durchzuführen, insbesondere in Französisch und Englisch;
- den Dienstsport verstärkt für Beamten und Beamtinnen im Vollzugsdienst aufzuwerten und zu fördern;
- polizeifremde Tätigkeiten beispielsweise durch den Einsatz von Verwaltungsbeamten und -beamten und durch erweiterte Bereitschaftsdienste der Ordnungsämter zu erledigen;
- Mehrfachzuständigkeiten bei der Kriminalitätsbekämpfung abzuschaffen, z.B. im

Rauschgiftbereich und bei Teilen der Wirtschaftskriminalität;

- den digitalen Funk zügig einzuführen;
- Software und Netzwerke zu optimieren und moderne Informationstechnik zu beschaffen;
- die räumliche und sächliche Ausstattung zu optimieren;
- die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden zu verbessern.

Extremismus bekämpfen

Die Bekämpfung des Extremismus gehört zu den Schwerpunkten der Präventionspolitik. Extremismus bedeutet dabei nicht nur die bekannten Formen des Rechts- und Linksextremismus, sondern gerade auch neuere Erscheinungen wie den Islamismus. Diesen Erscheinungen muss vor allem durch Verbesserungen im Schulunterricht und durch Präventionsprojekte insbesondere in der Jugendarbeit begegnet werden. Da es insbesondere Jugendliche sind, bei denen extremistische Parolen auf besonders fruchtbaren Boden fallen, müssen wir ihnen erstrebenswerte Zukunftsperspektiven im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung bieten.

Wir setzen uns dafür ein:

- dem Thema Extremismus im schulischen Lehrplan früh einen festen Platz einzuräumen;
- Lehrerinnen und Lehrer im Hinblick auf das Erkennen extremistischer Tendenzen bei ihren Schülerinnen und Schülern fortzubilden und ihnen dabei auch den richtigen Umgang mit dem Thema Extremismus zu vermitteln;
- die Arbeit von Organisationen, die Projekte zur Vermittlung demokratischer Werte und zur Prävention gegen Extremismus im Jugendbereich durchführen, auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen.

Prävention gegen Kriminalität

Effektive Präventionsarbeit gegen Kriminalität sehen wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Ihr kommen u.a. Seniorenbeauftragte, Schulen, Kirchen, andere geeignete Religionsgemeinschaften, Firmen, Polizei, Sozial- und Jugendämter, Präventionsräte in den Kommunen, sonstige Behörden und Einrichtungen sowie Vereine engagiert nach. Mit erfolgreicher Prävention kann verhindert werden, dass Bürgerinnen und Bürger zu Opfern werden. Mit Prävention werden außerdem gesamtgesellschaftliche Folgekosten, etwa die Kosten für Strafverfolgung, Strafvollzug und Resozialisierung, aber auch Kosten für die sozialen Sicherungssysteme verringert.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Kooperation von Justiz, Polizei, Sozial- und Jugendämtern, Kirchen, Schulen und den sonstigen freien Trägern bei der Kriminalitätsprävention zu stärken;
- die allgemeine Sicherheitsberatung in Schulen, Firmen und Seniorenheimen zu fördern;
- die örtlichen Präventionsbeiräte zu stärken, auszubauen und zu unterstützen;
- die betroffenen Erziehungsberechtigten zu unterstützen und die Elternschule als Angebot einzurichten;
- Seniorinnen und Senioren als Seniorensicherheitsberaterinnen und -berater in die Kriminalitätsprävention stärker einzubinden.

Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendgewalt

Auch im Saarland ist Kinder- und Jugendgewalt in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Die Ursachen sind vielfältig und reichen von Versäumnissen der Erziehungsberechtigten bis zu einem allgemeinen Werteverfall. Gerade bei Kindern und Jugendlichen muss aber der Erziehungsgedanke Vorrang vor dem Strafgedanken haben. Maßnahmen wie die aus den USA bekannten „Bootcamps“ etwa, die durch Drill und menschenunwürdige Behandlung in die Schlagzeilen geraten sind, schaffen Probleme statt sie zu lösen. Jede Maßnahme gegen Kinder- und Jugendgewalt muss deshalb von einem pädagogischen Konzept getragen sein. Wichtig ist es aber gerade im Jugendstrafrecht, dass die Gerichtsverhandlung kurz nach der Tat stattfindet. So wird den Jugendlichen der direkte Zusammenhang zwischen Tat und Strafe noch einmal vor Augen geführt.

Wir setzen uns dafür ein:

- mehr Schulpsychologinnen und -psychologen einzustellen;
- eine örtliche „Schulpolizei“, soweit im Einzelfall erforderlich, pädagogisch sinnvoll und gewünscht, einzuführen;
- so genannte Schülergerichte (Teen-Courts) einzuführen;
- die Arbeit von Polizei, Jugendämtern und Schulen stärker zu vernetzen;
- den erzieherischen Umgang mit strafunmündigen Kindern mit der Möglichkeit ihrer verbindlichen Unterbringung zu fördern;
- eine Erziehungseinrichtung für Intensivtäterinnen und -täter zu schaffen;
- eine zeitnahe Sanktionierung bzw. Bestrafung durchzuführen;
- ein wirkungsvoller Sanktionssystem im Jugendstrafrecht einzuführen, wie zum Beispiel Meldepflicht, Erlass einer Vorführanordnung oder Warnschussarrest;
- Erwachsenenstrafrecht bei Straftätern von 18 bis 21 Jahren nicht automatisch

- anzuwenden;
- das jetzige Strafmündigkeitsalter beizubehalten.

Korruption beseitigen

Korruption und Wirtschaftskriminalität verursachen hohe Schäden und treffen die ganze Gesellschaft. Wenige Täterinnen und Täter schädigen viele Opfer und bereichern sich auf deren Kosten. Neben den materiellen Schäden, die nicht selten gerade kleine und mittelständische Betriebe in den Ruin treiben und den Bürger durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben treffen, sind auch die immateriellen Schäden hoch, da die öffentliche Moral untergraben wird und der Eindruck entsteht, dass der Ehrliche der Dumme ist.

Wir setzen uns dafür ein:

- das strikte Vieraugenprinzip einzuführen, damit Entscheidungen über die Vergabe von Aufträgen von mindestens zwei Personen getroffen werden;
- bei der Auftragsvergabe Transparenz zu schaffen;
- ein Korruptionsregister im Saarland einzuführen;
- eine Dienststelle "Interne Ermittlungen" zu schaffen, angesiedelt bei der Staatsanwaltschaft und besetzt mit Staatsanwälten, Kriminalbeamten sowie Beschäftigten aus der Verwaltung, wie etwa dem Ministerium für Wirtschaft;
- eine strafbewehrte Anzeigepflicht für die öffentliche Verwaltung, die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder für Bestechungsdelikte zu schaffen;
- eine konsequente Gewinnabschöpfung durchzuführen;
- den Strafrahmen auszuschöpfen.

Verfassungsschutz weiterentwickeln

Der im Jahr 2007 vereitelte Terroranschlag hat bewiesen, dass der Verfassungsschutz einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit im Saarland leistet. Nur ein gut ausgestatteter Verfassungsschutz kann diesem Ziel auch in Zukunft gerecht werden. Neben der eigentlichen nachrichtendienstlichen Tätigkeit ist der Verfassungsschutz aber auch ein wichtiges Instrument zur Analyse extremistischer Bestrebungen in unserer Gesellschaft. Diese Kompetenzen müssen wir stärker als bisher nutzen. Deshalb wollen wir den saarländischen Verfassungsschutz vom klassischen Nachrichtendienst zu einem Instrument moderner, wissenschaftlich fundierter Beratung weiterentwickeln.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Verfassungsschutz personell und sächlich gut auszustatten;
- den Verfassungsschutz gezielt zur Beratung der Politik in der Auseinandersetzung mit Extremisten einzusetzen;
- die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes auf allen Ebenen unserer Gesellschaft zu verstärken;
- den Verfassungsschutz und seine Maßnahmen weiterhin durch den Verfassungsschutzausschuss des Landtags und die von diesem bestellte G 10-Kommission sorgfältig zu kontrollieren;
- die Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz zu verbessern, dabei aber die Trennung ihrer unterschiedlichen Aufgaben strikt zu wahren;
- den Informationsaustausch zwischen den Diensten in Deutschland zu verbessern.

Leistungsfähige und moderne Justiz schaffen

Ein effektiver Rechtsschutz durch eine unabhängige Justiz garantiert den Rechtsstaat als entscheidende Voraussetzung für das friedliche Zusammenleben einer Gesellschaft. Er sichert auch den verlässlichen Rahmen für Investitionen und andere wirtschaftliche Betätigungen. Effektiv kann der Rechtsschutz nur sein, wenn die Mühlen der Justiz nicht nur gut, sondern auch zügig mahlen. Im Saarland ist aber nach Statistiken die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Gerichten und Staatsanwaltschaften höher als im Bundesdurchschnitt, weil es an Staatsanwälten und Richtern fehlt.

Ziel im Umgang mit Straftätern muss die bestmögliche Resozialisierung sein. Dazu brauchen wir eine Bewährungshilfe, die jedem Täter genügend Zeit widmen kann. Die Bewährungshilfe im Saarland kann dies im Moment nicht leisten, da ihr dazu das nötige Personal fehlt. Außerdem brauchen wir Justizvollzugsanstalten, die den Gefangenen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten, um sie besser auf ihr Leben in Freiheit vorzubereiten.

Wir setzen uns dafür ein:

- die Personalausstattung der Justiz zu verbessern, damit staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Verfahren beschleunigt werden;
- die Personalplanung transparent zu gestalten;
- weitere Personalstrukturmaßnahmen bei der Justiz vorzunehmen, z.B. durch sofortige Abschaffung des einfachen Dienstes und weitere Qualifizierung und Fortbildung;

- die Erreichbarkeit der Richterinnen und Richter während der üblichen Dienstzeiten in Abstimmung mit den Richterinnen und Richtern zu verbessern;
- die Unterbringung und Sachausstattung der Justiz zu verbessern;
- die IT-Infrastruktur zeitgemäß anzupassen;
- die elektronische Akteneinsicht verstärkt auszubauen;
- die Unabhängigkeit der Justiz auch durch organisatorische Maßnahmen nicht in Frage zu stellen;
- den Grundsatz der Unversetzbarkeit von Richterinnen und Richtern (Artikel 97 Abs. 2 GG) bestehen zu lassen;
- die Rechtsmittelmöglichkeiten nicht zu reduzieren;
- konsensuale Streitbeilegung durch ergänzende Mediationsverfahren, wenn Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis stehen, zu fördern;
- grenzüberschreitende Hürden rechtlicher und praktischer Art für die Menschen in der Grenzregion abzubauen;
- die Zahl der Bewährungshelfer zu erhöhen;
- das Bildungs- und Arbeitsangebot für Gefangene zu fördern;
- die wirtschaftlichen Betriebe der Justizvollzugsanstalten zu fördern;
- die Arbeit von Gefangenen angemessen zu bezahlen;
- auch Personal aus Anrainerstaaten des Saarlandes oder mit Migrationshintergrund in einem ausgewogenen Verhältnis in den saarländischen Justizvollzug einzustellen;
- einen Modellversuch zur elektronischen Fußfessel im Strafvollzug als Alternative zur Haft in dafür geeigneten Fällen zu starten. Der Betroffene soll in diesen Fällen selbst zwischen Haft und Fußfessel entscheiden können.

Mehr Unabhängigkeit für die Datenschutzaufsicht

Das Saarland braucht eine unabhängige und effektive Datenschutzaufsicht. Immer mehr Datenschutzskandale betreffen nicht den öffentlichen Bereich des Datenschutzes, also die Verwaltung, sondern den nicht-öffentlichen Bereich, die Privatwirtschaft. Der saarländische Landesbeauftragte für Datenschutz ist aber nur für die Kontrolle im öffentlichen Bereich zuständig. Die Kontrolle des Datenschutzes im nicht-öffentlichen Bereich ist beim Innenministerium angesiedelt, das nicht dieselbe Gewähr für Unabhängigkeit bietet wie der Landesdatenschutzbeauftragte. Die bekannt gewordenen Datenschutzskandale zeigen, dass die Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht für den nicht-öffentlichen Bereich heute wichtiger ist denn je.

Derzeit erfüllt der Landesdatenschutzbeauftragte gleichzeitig die Funktion des Informationsfreiheitsbeauftragten. Diese Doppelfunktion wollen wir entkoppeln, da das Recht auf Datenschutz und das Recht auf Informationsfreiheit gegensätzlich sind und deshalb nicht von einer Person/Behörde vertreten werden sollten.

Wir setzen uns dafür ein:

- dem saarländischen Landesdatenschutzbeauftragten auch die Zuständigkeit für die Datenschutzaufsicht im nicht-öffentlichen Bereich zu übertragen;
- die Ämter des Datenschutzbeauftragten und des Informationsfreiheitsbeauftragten im Saarland personell und räumlich voneinander zu trennen.

Mehr direkte Demokratie

Auf Grund der restriktiven Regelungen der Artikel 99 und 100 der Verfassung des Saarlandes und des Volksabstimmungsgesetzes wurden seit 1979 kaum Anträge auf Zulassung eines Volksbegehrens gestellt. Im Saarland sind Volksbegehren, die finanzwirksame Gesetze betreffen, unzulässig. Diese hohen Hürden verhindern das Zustandekommen von Volksbegehren und Volksentscheiden und müssen gesenkt werden. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes vermehrt an politischen Entscheidungen beteiligen.

Wir setzen uns dafür ein:

- den Ausschluss finanzwirksamer Gesetze von der Volksgesetzgebung zu beseitigen;
- die Zustimmungsquoren für Volksbegehren und Volksentscheide herabzusetzen;
- die Fristen für Volksbegehren zu verlängern;
- freie Unterschriftensammlungen bei Volksbegehren zuzulassen;
- die Möglichkeit der Volksinitiative in die Verfassung aufzunehmen.

Kumulieren und Panaschieren einführen

Beim Kumulieren haben die Wählerinnen und Wähler mehrere Stimmen, die sie innerhalb der Liste einer Partei gezielt auf einzelne Kandidaten verteilen und sogar bei bestimmten Kandidatinnen und Kandidaten anhäufen können. Auf diese Weise können Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werden, auch wenn sie nur auf einem hinteren Listenplatz stehen. Beim Panaschieren können die Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen auf die Listen verschiedener Parteien verteilen.

Das Verhältniswahlrecht wird durch die Einführung des Kumulierens und Panaschierens um Elemente der Personenwahl erweitert, die Wählerinnen und Wähler erhalten größere Einflussmöglichkeiten auf die Zusammensetzung der Kommunalparlamente. Dazu gehört das Ersetzen des d'Hondtschen Auszählverfahrens, das große Parteien

begünstigt, durch das Hare-Niemeyer-Verfahren.

Durch die Einführung von Kumulieren und Panaschieren wollen wir den Bürgerinnen und Bürger bei Kommunalwahlen den größtmöglichen Gestaltungsspielraum zukommen lassen.

Wir setzen uns dafür ein:

- Kumulieren und Panaschieren in das kommunale Wahlrecht einzuführen;
- das "Hare-Niemeyer-Verfahren" bei Kommunal- und Landtagswahlen einzuführen.

Verwaltung und ihre Strukturen optimieren

Eine leistungsfähige Verwaltung setzt qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. In Zeiten des demographischen Wandels kommt es dabei neben einer guten Bezahlung der Beschäftigten auch darauf an, der gestiegenen Lebenserwartung der Menschen gerecht zu werden. Eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten etwa stellt der Verwaltung die Kenntnisse und Fähigkeiten langjährig erfahrener Beschäftigter auch nach dem Erreichen der Altersgrenze zur Verfügung und bietet darüber hinaus dem Landeshaushalt Einsparmöglichkeiten.

Bei der Verwaltungsstrukturreform zur Umsetzung des „Hesse-Gutachtens“ wurde die Chance zur Schaffung einer schlanken, aber dennoch bürgernahen Verwaltung vertan. Statt die Aufgaben der staatlichen Verwaltung auf Kreisebene zu bündeln und deren Zahl zu reduzieren, wurden die Aufgaben auf die Landebene gehoben. Damit hat sich das Land mit einer Lösung begnügt, die vom Verwaltungswissenschaftler Prof. Hesse errechnete maximale Einsparung von über 70 Millionen Euro jährlich nicht erreicht. Die vom Land stattdessen erwarteten Einsparungen beruhen auf Vermutungen und sind keineswegs gesichert.

Wir setzen uns dafür ein:

- für den öffentlichen Dienst eine Bezahlung sicherzustellen, die der Verwaltung qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichert, den Leistungsgedanken stärkt und damit eine leistungsgerechte Entlohnung bietet;
- eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten über die Altersgrenze hinaus durch finanzielle Anreize attraktiver zu machen und der Verwaltung dadurch die Erfahrung langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zur Verfügung zu stellen;

- die Verwaltungsstrukturreform auf die durch sie erreichten Kosteneinsparungen und Auswirkungen auf die Bürgernähe der Verwaltung hin zu überprüfen;
- eine Kreisgebietsreform durchzuführen, bei der aus sechs Gebietskörperschaften drei werden; die Landkreise Saarlouis und Merzig-Wadern werden dabei zum Landkreis Saar-West zusammengefasst, die Kreise Neunkirchen, Saarpfalz-Kreis und St. Wendel bilden den Landkreis Saar-Ost;
- das E-Government-Angebot des Landes auszubauen. Das Angebot darf sich nicht auf das Herunterladen von Formularen zum Ausdrucken beschränken, vielmehr ist eine Online-Abwicklung ohne Medienbrüche zu ermöglichen;
- die Öffnungszeiten der Behörden als bürgerfreundliche Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten.

Mit Sport mehr bewegen

Die steigende Lebenserwartung der Saarländerinnen und Saarländer und die sich ständig verändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen verlangen Fitness bis ins hohe Alter. Einen wesentlichen Baustein bildet dabei eine gesunde, sportliche Betätigung. Hunderttausende treiben im Saarland bereits Sport in Vereinen und privat. Gerade in Zeiten rückläufiger Toto- und Sponsorengelder ist es deshalb wichtig, das sportliche Angebot bedarfsgerecht zu erhalten. Investitionen in den Sport sind für uns Investitionen in die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger:

Wir setzen uns dafür ein:

- in einer Bestandsanalyse den Bedarf an Sportstätten zu ermitteln und durch Sanierung oder Neubau, ggf. auch durch Rückbau gering genutzter Einrichtungen, nachzusteuern;
- den weiteren Ausbau behinderten- und seniorengerechter Sportstätten voranzutreiben;
- weitere Leistungsstützpunkte zu gründen, bestehende auszubauen und zu unterstützen;
- das Sportangebot in den Kindergärten und Schulen zu erweitern;
- die Wanderwege und Radwegenetze weiter auszubauen und zu ergänzen;
- die Einrichtung eines Bäderverbandes zu prüfen;
- die Sportmedizin im Interesse von Prävention und Rehabilitation weiter auszubauen;
- ergänzende Finanzierungsmodelle der Sportförderung zu entwickeln, auch wegen zurückgehender Totogelder;
- den Breiten- und Spitzensport weiterhin zu fördern;
- das privatwirtschaftliche Engagement im Sportbereich zu fördern;
- das Ehrenamt in den Sportvereinen und -verbänden zu stärken.

Gesundheit

Die medizinische Versorgung der Patienten im Saarland durch Krankenhäuser und Praxen geschieht in der Diagnostik und in der Therapie auf hohem Niveau und in guter Qualität. Dennoch ist das Gesundheitswesen in seiner heutigen Struktur den zukünftigen Herausforderungen mittelfristig nicht gewachsen. Staatliche Reglementierungen und Planvorgaben drängen die Interessen der Versicherten wie der im Gesundheitswesen Arbeitenden an den Rand und machen sich selbst zum Mittelpunkt des Systems.

Unser Ziel ist eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik, die sich durch Transparenz und Wettbewerb auszeichnet. Der Staat muss deshalb endlich Bedingungen schaffen, die die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt stellen, nicht die überbordende Bürokratie. Unser Konzept der privaten Krankenversicherung für alle ist hingegen sozial fair, demographie- und durch seine Kapitaldeckung auch zukunftsorientiert. Denn wir begreifen den Gesundheitssektor als Wachstumsbranche, anstatt ihn zu schwächen.

Transparenz im Gesundheitswesen schaffen

Die Gesundheitsreform, verankert im „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“, hat bisher weder zu mehr Wettbewerb noch zu mehr Transparenz geführt. Mit dem Gesundheitsfonds hat die große Koalition die Tore für die Gleichmacherei der gesetzlichen Krankenkasse geöffnet und somit einen echten Wettbewerb unmöglich gemacht. Vielmehr führt er zu steigenden Kassenbeiträgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Denn durch das Umlagesystem steigen die Lohnnebenkosten und belasten Mittelstand und Beschäftigte gleichermaßen. Wir wollen ein transparentes, lohnentkoppeltes Gesundheitssystem, das echten Wettbewerb zulässt und den Bürgerinnen und Bürgern Eigenverantwortung zutraut.

Wir setzen uns dafür ein:

- auf Bundesebene für eine grundlegende Gesundheitsreform einzutreten, die auf Wettbewerb und Wahlfreiheit setzt, auf Kapitaldeckung statt Umlagefinanzierung, auf demokratiefeste Entkopplung von den Lohnkosten. Eine solche Reform muss die freie Arztwahl gewährleisten, eine sozial abgedeckte Eigenbeteiligung und echten Wettbewerb zwischen den Krankenversicherungen;
- den Gesundheitsfonds durch echten Wettbewerb zu ersetzen und einen privaten Krankenversicherungsschutz für alle zu erreichen;
- die elektronische Gesundheitskarte in der geplanten Form nicht zu verwirklichen. Alle offenen Fragen zum Datenschutz, zum Verhältnis von Kosten und Nutzen und vor allem in Bezug auf die Gefährdung der vertrauensvollen Beziehung

zwischen Arzt und Patient müssen zuerst geklärt werden. Ziel einer solchen Karte darf nicht alleine die Vereinfachung verwaltungstechnischer Abläufe sein, der Nutzen für Patienten und Ärzte muss im Vordergrund stehen.

Gesundheitspolitik patientengerecht gestalten

Viele Ärztinnen und Ärzte im Saarland verbringen bis zu einem Drittel ihrer Zeit mit bürokratischen Vorgängen – Zeit, die sie für ihre Patienten und Patientinnen brauchen. Hinzu kommt eine Budgetierung, die zur verdeckten Rationierung führt – auch das zu Lasten des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt. All dies führt dazu, dass sich immer mehr ausgebildete Medizinerinnen und Mediziner gegen die Ausübung des Arztberufs in Deutschland entscheiden und stattdessen andere Berufsfelder wählen oder auswandern. So geht z.B. die Zahl der Hausärztinnen und Hausärzte in kleinen Schritten, aber kontinuierlich zurück, bis 2013 kommen ca. 20% der Hausärzte im Saarland ins Rentenalter, während immer weniger junge Medizinerinnen und Mediziner sich als Ärzte niederlassen wollen. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen endlich so gestalten, dass der Arztberuf wieder attraktiver wird.

Wir setzen uns dafür ein:

- landesweit – gerade auch im ländlichen Raum – eine flächendeckende, niedrigschwellige und wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten;
- die Stellung aller Ärztinnen und Ärzte auch in ihrer Verantwortung vor allem gegenüber den Patientinnen und Patienten zu stärken;
- die niedergelassenen Ärzte in ihrer Freiberuflichkeit zu stärken;
- das Belegarztsystem zu erhalten, da bei diesem die angestrebte integrierte Versorgung in konzentrierter und wirtschaftlicher Form durchgeführt wird. Denn Belegärzte betreuen ihre Patienten durchgehend – ambulant, vorstationär sowie im Krankenhaus. Die Behandlung profitiert dabei vom bereits bestehenden Vertrauensverhältnis wie vom umfassenden Wissen des Arztes über die Krankenhistorie des Patienten;
- die Zusammenarbeit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zu verbessern. Insbesondere durch einen optimierten Informationsfluss lässt sich z.B. die Mehrfacherbringung der gleichen Leistung vermeiden. Dies schont zum einen die Patienten und führt zum anderen zu einer deutlichen Kostenersparnis;
- notwendige Maßnahmen zu treffen, damit Bürgerinnen und Bürger, die in der Grenzregion Unfälle oder Notfälle erleiden, ohne bürokratische Hindernisse eine hochwertige medizinische Notfallversorgung im nächstgelegenen geeigneten Krankenhaus erhalten. Neben medizinischen Gesichtspunkten soll die Wahl des Krankenhauses auch vom Wunsch des Patienten abhängig sein;

- das zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossene "Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich" endlich auch anzuwenden;
- innerhalb der EU sämtlichen Bürgerinnen und Bürgern die ambulanten und stationären medizinischen Angebote aller Länder ohne administrative Hürden und Kostenübernahmeverklärungen zur Verfügung zu stellen. Besonders in dringenden und komplizierten Fällen darf die Notwendigkeit von Vorabgenehmigungen die Behandlung nicht verzögern;
- die bürokratischen Verpflichtungen im medizinischen Bereich zu minimieren. Dazu gehört auch eine Überprüfung des Ausmaßes von Zertifizierungen und Qualitätsüberprüfungen durch die Landesregierung und eine Bewertung, ob dies gerade für kleinere Arztpraxen notwendig ist. In diesem Bereich ist eine strenge Kosten-Nutzenrechnung dringend erforderlich;
- den Präventionsgedanken auszubauen. Bei der Prävention nehmen Ärzte eine besondere Rolle ein, da sie Zugang zu allen Bevölkerungsschichten haben. Entsprechend wichtig ist die Einbeziehung von Ärzten in die Entwicklung von Präventionsprogrammen. Darüber hinaus muss Gesundheitserziehung bereits in der vorschulischen Erziehung und in Grundschulen stattfinden. Nur so lassen sich Kinder frühzeitig für ein besseres Körperbewusstsein und eine gesunde Lebensführung sensibilisieren. Das ist die Basis für den Kampf gegen Alkohol- und Drogenmissbrauch;
- die wohnortnahe Versorgung für psychisch Kranke sicherzustellen und der Ausgrenzung Betroffener entgegenzutreten;
- die flächendeckende Apothekenversorgung durch inhabergeführte Apotheken zu gewährleisten;
- das Mehrbesitzverbot von Apotheken abzuschaffen und zugleich das bewährte Fremdbesitzverbot aufrechtzuerhalten;
- auf verschreibungspflichtige Medikamente nur eine reduzierte Mehrwertsteuer zu erheben. Jetzt gilt die volle Mehrwertsteuer von 19% für verschreibungspflichtige Medikamente, für Tiermedizin hingegen gilt die reduzierte von 7%.

Krankenhauslandschaft im Saarland bedarfsgerecht gestalten

Die Krankenhauslandschaft im Saarland ist ein entscheidender Bestandteil der Daseinsfürsorge der Saarländerinnen und Saarländer und muss auch als solche geschützt und geschätzt werden. Dabei gilt es jedoch auch zu bewerten, inwieweit Angebot und Nachfrage miteinander harmonieren oder ob hier ein Ungleichgewicht entstanden ist. Zur saarländischen Krankenhauslandschaft gehört auch das Universitätsklinikum des Saarlandes (UKS), das als größtes saarländisches Krankenhaus in vielen Bereichen eine Vorreiterfunktion einnimmt. Dazu zählt besonders

die medizinische Forschung, aber auch die Aus- und Weiterbildung des ärztlichen Nachwuchses.

Wir setzen uns dafür ein:

- die saarländische Krankenhauslandschaft in Bezug auf die Möglichkeiten weiterer Qualitätssteigerung und einer Stärkung der Konkurrenzfähigkeit zu überprüfen;
- Doppelstrukturen zu vermeiden und eine konsequente Krankenhausplanung für 2011 zu betreiben;
- die geplanten Neubaumaßnahmen zur Modernisierung des UKS zügig durchzuführen, um so medizinische Abläufe und Wirtschaftlichkeit zu verbessern;
- das UKS durch eine marktfähige Rechtsform und Unternehmensorganisation (GmbH oder AG) zu stärken;
- dem UKS eine direktere Tarifzuständigkeit, z.B. durch Haustarifverträge mit erkennbaren Leistungskomponenten für alle Mitarbeiter, einzuräumen;
- den Landeszuführungsbetrag für Forschung und Lehre zu erhöhen.

Soziales

Die Stärkung der gesellschaftlichen Vielfalt ist die beste Grundwehr gegen Diskriminierungen jeder Art. Wir wollen die Teilhabechancen für alle Menschen verbessern, auch für die, die anders leben oder Nachteile haben – aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Alter, sexueller Ausrichtung, Behinderung, Religion oder Weltanschauung. Sozial bedeutet für uns, Armut erst gar nicht entstehen zu lassen und für die da zu sein, die trotz aller Anstrengungen ihr Leben nicht selbst gestalten können.

Dafür müssen die Ursachen für Bedürftigkeit bekämpft und vorbeugende Sozialinvestitionen getätigt und sozial nicht nur darüber definiert werden, dass den Hilfebedürftigen der erreichte Lebensstandard gesichert wird. Liberale Sozialpolitik bedeutet, den Menschen als Individuum zu betrachten. Die Individualität jedes Einzelnen muss gefördert werden. Diese Freiheit, die wir für den einzelnen Menschen fordern, bedarf einer materiellen Grundlage, aber noch viel mehr der Voraussetzungen Bildung, Leistungsbereitschaft und Verantwortung.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger darin stärken, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Dadurch werden Menschen zu eigenständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten, die durch das Angebot fairer Chancen motiviert werden, ihre soziale Sicherheit selbst zu erarbeiten. Eine Unterstützung der Benachteiligten, die unverschuldet in ihre Situation geraten, wird durch den liberalen Sozialstaat gewährleistet, ohne die Selbstbestimmung des Einzelnen zu gefährden.

Förderung des ehrenamtlichen Engagements

Wir wollen das selbstbestimmte und selbstverantwortliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger stärken. Ehrenamtliche machen unsere Gesellschaft lebenswert. Die liberale Bürgergesellschaft lebt von den vielfältigen Aktivitäten ihrer Bürgerinnen und Bürger in Nachbarschaft und Feuerwehren, in Vereinen, Stiftungen und Initiativen, in Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Die Einführung der kostenlosen Unfall- und Haftpflichtversicherung und der Ehrenamtskarte können nur ein Anfang sein, um die engagierten Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen. Deshalb wollen wir in Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen die Attraktivität des Ehrenamtes stärken.

Wir setzen uns dafür ein:

- Lokale Bündnisse für Familie zu stärken und zu unterstützen;

- Mehrgenerationenhäuser über das Förderungsprogramm des Bundes hinaus zu fördern;
- die Sachausstattung von Seniorensicherheitsberaterinnen -beratern zu fördern;
- die Fortbildung im Ehrenamt zu fördern;
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung ehrenamtlich Tätiger stetig zu ergänzen, um aktuelles Wissen über Alterungsprozesse für Berufsgruppen, die mit älteren Menschen zusammentreffen und sich um Teilhabe und Pflege kümmern, zu fördern und zu verbessern;
- die bestehenden ehrenamtlichen Strukturen, insbesondere die Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt, auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen;
- Freiwilligenarbeit auf allen Gebieten zu fördern.

Besserer Schutz für unsere Kinder

Ein gutes Kinderbetreuungsangebot schützt Kinder vor Vernachlässigung. Doch das alleine reicht nicht für einen umfassenden Schutz aus. Vielmehr muss das behördliche Instrumentarium effektiv arbeiten, problematische Familienverhältnisse erkennen, Hilfsangebote unterbreiten und notfalls umgehend einschreiten. Es sind zwar nur wenige Fälle, in denen die Behörden gefragt sind. Wenn aber Eltern wegen Armut, mangelnder Bildung, Krankheit, Sucht oder aus anderen Gründen ihre Erziehungsaufgaben nicht wahrnehmen, müssen die Behörden den Eltern Hilfe anbieten und den Kindern Schutz gewähren. Dabei gilt es für uns, das Recht jedes Kindes auf Unversehrtheit durchzusetzen.

Wir setzen uns dafür ein:

- Projekte wie „Frühe Hilfen“/„Keiner fällt durchs Netz“ fortzuführen;
- die Arbeit der Familienhebammen auf eine sichere Grundlage zu stellen und ein verbindliches Fortbildungscurriculum für die Familienhebammen einzuführen;
- weitere niedrigschwellige Hilfsangebote für Familien in problematischen Verhältnissen zu entwickeln und zu unterbreiten;
- Jugendämter personell und sächlich besser auszustatten;
- einheitliche, verbindliche Standards sowie ein Fehlermanagement für Jugendämter zu schaffen.

Jugendliche in ihren Kompetenzen stärken

Jugendliche sind nicht nur Teil der Gesellschaft, sondern müssen diese auch erleben. Dazu muss ihnen einerseits die Bedeutung von Politik für die Gesellschaft vermittelt werden, und

andererseits müssen sie Politik auch mitbestimmen können. Dabei darf die klassische Jugendarbeit nicht vernachlässigt werden. Gerade Jugendliche aus verarmten oder anderen schwierigen Familienverhältnissen dürfen sich nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen. Gute Jugendarbeit muss diese Jugendlichen vielmehr vom Rand in die Mitte holen und ihnen Perspektiven für ihr künftiges Leben eröffnen.

Wir setzen uns dafür ein:

- die politische Jugendbildung zu verbessern;
- Jugendliche in der Politik durch Jugendgemeinderäte stärker einzubinden;
- die Jugendlichen für einen eigenverantwortlichen Umgang mit Medien zu sensibilisieren;
- Jugendarbeit besonders im Hinblick auf Jugendliche aus sozial schwierigen Verhältnissen zu fördern;
- die Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche auszubauen und zu verbessern;
- die Arbeit von Schule, Jugendarbeit und Agenturen für Arbeit besser miteinander zu verzahnen, um Jugendlichen, die keinen Schulabschluss haben, den beruflichen Einstieg, die Nachqualifizierung bzw. das Nachholen von Schulabschlüssen zu ermöglichen.

Seniorenpolitik und demographischer Wandel

Unsere Gesellschaft braucht ein neues Seniorenbild, denn die Senioren von heute sind biologisch rund ein Jahrzehnt jünger als noch vor zwei Generationen. Dafür brauchen wir ein generelles Umdenken, sowie Umstrukturierungen für Wirtschaft und Gesellschaft als Miteinander von Jung noch Alt. Die Lebenserfahrung, die Kompetenz, das Wissen, die besonderen Fähigkeiten auf verschiedenen Gebieten und auch die Zeit und Geduld, die Ältere einzusetzen bereit sind, müssen wir als Chance gesellschaftlicher Veränderungen begreifen. Darüber hinaus ist es unser Anliegen, eine bedarfsgerechte, würdevolle Versorgung alter, kranker, hilfe- und pflegebedürftiger Menschen sicherzustellen.

Wir setzen uns dafür ein:

- Städte und Gemeinden altengerecht umzubauen, bzw. diesen Gedanken bei der Neuplanung zu berücksichtigen, damit Menschen lange aktiv bleiben können;
- eine Infrastruktur zu schaffen, die älteren und alten Menschen beste Voraussetzungen für eine möglichst lange eigenständige Lebensführung und Freizeitgestaltung bietet;
- die Möglichkeiten zum generationsübergreifenden Wohnen auszuweiten;
- Projekte zu fördern, in denen sich Generationen begegnen können, Erfahrungen

und Kompetenzen bündeln und ihr Leben und ihre Arbeit aufeinander abstimmen können;

- mehr politische Teilhabe im Alter zu ermöglichen. Wir brauchen bessere Strukturen für Mitsprache und Mitbestimmung, insbesondere für Seniorenvertretungen auf kommunaler Ebene;
- lebenslanges Lernen zu fördern: Erstausbildung durch Schule und Studium reichen nicht mehr aus. Weitere fachliche Fortbildung und allgemeine Weiterbildung entlang der Berufsbiographie sind unerlässlich.

Generationsgerechtigkeit verfolgen – Altersarmut verhindern

Damit das soziale Netz genug Schutz für Bedürftige bietet, müssen die sozialen Sicherungssysteme auf ein nachhaltiges Fundament gestellt und jede fiskalische Ausbeutung kommender Generationen verhindert werden. Wir wollen, dass sich Sozialpolitik mit diesem Ziel an einer „Generationenbilanz“ orientiert. Denn zur Beurteilung des sozial- und finanzpolitischen Kurses ist es nicht ausreichend, nur das Haushaltsdefizit und den Schuldenstand zu berechnen. Eine Generationenbilanz macht die Generationenlasten von Staatsschuld und Sozialsystem transparent: die Zukunftssicherung für die junge Generation und Anerkennung der Lebensleistung der Älteren. Generationenübergreifende finanzielle Schieflagen werden dadurch früh erkannt, möglichen Konflikten kann so bereits vorbeugend begegnet werden. Sie fördert Bewusstsein und Verantwortung für die nächsten Generationen und stärkt den Zusammenhalt der Generationen untereinander. Im demografischen Wandel gewinnt die Generationengerechtigkeit noch mehr an Bedeutung.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört auch die freie Entscheidung über den Zeitpunkt des Renteneintritts. Ist die finanzielle Absicherung durch eine Kombination gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente gesichert, soll jeder selbst entscheiden können, wann er den Schritt in die Rente macht.

Wir setzen uns dafür ein:

- für eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Generationen durch eine Generationenbilanz zu sorgen;
- die Staatsverschuldung nachdrücklich einzudämmen und ausgeglichene öffentliche Haushalte vorzulegen, damit keine Generation auf Kosten einer anderen lebt;
- die Sozialversicherungssysteme mit mehr Mut zur Eigenverantwortung zu überarbeiten;
- liberales Bürgergeld zur Vermeidung von Altersarmut

- das Renteneintrittsalter zu flexibilisieren;
- die heutige Form der Altersteilzeit abzuschaffen, weil sie den richtigen Gedanken falsch umsetzt. Gegen Ende des Berufslebens sind flexiblere und kürzere Arbeitszeiten als gleitende Übergänge zum Ruhestand notwendig;
- mehr Arbeitsplätze für ältere Menschen zu schaffen;
- mehr Zuverdienstmöglichkeiten für Rentner zu schaffen;
- alle gesetzlichen Altersgrenzen für bestimmte Berufe oder Ämter zu überprüfen und sie wenn möglich anzuheben oder abzuschaffen.

Menschenwürdige Pflege ermöglichen

Seniorenpolitik darf nicht auf Pflegepolitik reduziert werden, dennoch ist und bleibt dies ein wichtiger Aspekt. Denn sobald der Pflegebedarf vorhanden ist, müssen hohe Qualitätsanforderungen für die stationäre wie für die ambulante Betreuung selbstverständlich sein. Wie in allen Bereichen hat für uns auch im Pflegebereich die Menschenwürde oberste Priorität.

Wir setzen uns dafür ein:

- bei der ambulanten Betreuung eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung zu gestalten und sicherzustellen;
- Angehörige, aber auch bürgerschaftlich Engagierte mehr in die ambulante Betreuung einzubeziehen;
- bei der stationären Pflege verstärkt darauf hinzuarbeiten, dass es nicht primär um eine Versorgung als ‚Verwaltung‘ der Mitbewohner geht, sondern dass ‚aktive‘ Teilnahme am Heimleben und Integration in Entscheidungsprozesse im Vordergrund stehen;
- eine ausreichende Anzahl und Qualität von Pflegeeinrichtungen sicherzustellen;
- eine liberale Pflegeversicherung einzuführen, die die umlagefinanzierte, einkommensabhängige gesetzliche Pflegeversicherung in ein kapitalgedecktes, prämienfinanziertes System mit Versicherungspflicht umwandelt;
- die Forschung in den Bereichen Gerontologie und Geriatrie sowie deren Verankerung in der medizinischen Standardausbildung zu verstärken;
- Palliativstationen und Hospize auszubauen;
- Schnittstellenprobleme von Kranken- und Pflegeversicherung zu beseitigen.

Barrieren beseitigen – Selbstbestimmte Lebensführung sichern!

Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Das saarländische Behindertengleichstellungsgesetz soll dazu dienen, diesen im Grundgesetz und in der saarländischen Verfassung verankerten Grundsatz zu verwirklichen und gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen. Menschen mit Behinderung wollen sich mit ihren Stärken am gesellschaftlichen Leben beteiligen und ein selbstbestimmtes Leben in Eigenverantwortung führen. Das wollen wir erleichtern. Dabei ist unser entscheidendes Ziel die grundsätzliche Barrierefreiheit.

Wir setzen uns dafür ein:

- Integration schon bei den Kindern zu leben und integrative Gruppen in regulären Kindergarten zu unterstützen;
- Kooperationen der Schulträger von Förder- und Regelschulen zu fördern;
- die Integration Behindeter in das Berufsleben zu fördern;
- ausreichend Ausbildungsplätze für Behinderte anzubieten;
- ambulant betreutes Wohnen auszubauen, um dem Bedürfnis der Menschen nach Selbständigkeit und Normalität entsprechen zu können;
- bestehende Barrieren so schnell wie möglich abzubauen;
- Barrieren im ÖPNV abzubauen, Zugänge zu Bahnhöfen und Bussen landesweit so zu gestalten, dass sie auch von Behinderten genutzt werden können;
- insbesondere die Eisenbahnbau- und Betriebsordnung dahingehend zu ändern, dass alle Bahnhöfe und Bahnsteige barrierefrei zu gestalten sind und nicht erst Bahnhöfe ab 1000 Fahrgästen pro Tag;
- allen Menschen zu ermöglichen, sich barrierefrei informieren zu können, insbesondere Webseiten der öffentlichen Hand barrierefrei zu gestalten. Außerdem mehr TV-Sendungen (insbesondere Informationssendungen) entweder zu untertiteln oder von Gebärdensprachdolmetschern übersetzen zu lassen.

Drogen: freies Leben ohne Sucht

Sucht ist eine schwerwiegende Beeinträchtigung der Fähigkeit des Menschen, frei und eigenverantwortlich über sich und seine Lebensgestaltung zu entscheiden.

Die Schwerpunkte unserer Drogenpolitik liegen deshalb in der Prävention und in ausstiegsorientierten Angeboten. Die Aufklärung über die Vermeidung von Sucht- und Gewaltproblemen muss immer weiter vorangetrieben werden. Dabei darf sich Prävention

nicht nur auf Verbote berufen und muss schon frühzeitig beginnen. Jugendschutz muss konsequent durchgesetzt werden. Um dem Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen zu begegnen, ist es wichtig, Jugendliche und Eltern zu sensibilisieren und aufzuklären.

Aber auch für die Therapie Abhängiger müssen wir ein ausreichend großes und möglichst niedrigschwelliges Angebot an qualifizierten Einrichtungen vorhalten.

Wir setzen uns dafür ein:

- wirksame Aufklärung und Suchtprävention gerade bei Kindern und Jugendlichen zu verstärken;
- verstärkt Suchtprävention in Schulen und Vereinen zu betreiben;
- Aufklärung an den Schulen verstärkt durch Schoolworker und Schulpsychologen zu leisten;
- Schulen bei der Aufklärung über die Gefahren von neuen Drogen, sobald diese aufgetaucht sind, durch Informationsblätter oder Flyer zu unterstützen. So kann auf neue Gefahren schnell reagiert werden;
- das in anderen Städten so erfolgreich durchgeföhrte Modellprojekt der kontrollierten Heroinabgabe an Schwerstabhängige im Saarland einzuführen;
- ausreichende Betreuungs- und Behandlungsangebote vor, während und nach einer Therapie sicherzustellen;
- durch genügend qualifizierte, niedrigschwellige Therapieeinrichtungen möglichst viele Abhängige erreichen zu können.

Postambel

Liberalismus ist im Grundsatz eine durchaus klare und einfache Zielrichtung politischen Handelns: Es kommt darauf an, alles zu tun, um die Lebenschancen des Einzelnen zu erweitern. Je mehr Menschen mehr Lebenschancen haben, desto liberaler ist eine Gesellschaft.

(Ralf Dahrendorf)

